Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

20-13807-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Gedenkkultur und Denkmäler in der Stadt Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft	17.09.2020

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (zur Kenntnis)	11.09.2020	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	22.09.2020	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	29.09.2020	Ö

Sachverhalt:
Zum Antrag der BIBS-Fraktion „Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt“ (DS 20-13807) wird wie folgt Stellung genommen:

Das „Gedenkstättenkonzept“: Ein Konzept gegen das Vergessen
In der Stadt Braunschweig gibt es seit mehreren Jahrzehnten eine aktive Gedenk- und Erinnerungskultur in deren Mittelpunkt das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft steht. Grundlage dafür ist das 2001 vom Rat beschlossene „Gedenkstättenkonzept“. Die Träger der fest in der Braunschweiger Stadtgesellschaft verankerten Gedenkkultur sind neben Politik und Verwaltung eine Reihe von zumeist ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt. Die Inhalte der Gedenkkultur werden unter Berücksichtigung neuer Erkenntnisse und vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Diskurse kontinuierlich gespiegelt und weiterentwickelt.

In der Ratssitzung vom 14.07.2020 hat der Rat beschlossen, einen Antrag der BIBS-Fraktion zum *Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt* (DS 20-13807) zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zu verweisen. In der Ratssitzung präsentierte Ratsherr Rosenbaum (BIBS) zudem einen am selben Tag erschienenen Artikel in der Berliner Tageszeitung taz, der den vermeintlich defizitären Umgang mit beispielhaft genannten wie hier formuliert wird, „belasteten“ Denkmälern in der Stadt Braunschweig zum Inhalt hat.

Dass diese Denkmäler schon heute Teil der bestehenden Erinnerungskultur sind, wird bedauerlicherweise weder im Antrag der BIBS-Fraktion noch in der Berichterstattung der Zeitung thematisiert. Da die Kenntnis dieser Kontexte aber zwingende Voraussetzung für die Bewertung der Denkmäler ist, werden nachfolgend die drei angeführten Beispiele hinsichtlich ihrer Stellung in der Braunschweiger Erinnerungskultur näher bestimmt.

1. Die **Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße** ist seit 20 Jahren ein zentrales Element der Erinnerungskultur in Braunschweig und wesentlicher Teil des „Vernetzten Gedächtnisses“ mit dem die Topografie der nationalsozialistischen Herrschaft in der Stadt offengelegt, dokumentiert und erläutert wird. Das **Schill-Denkmal** ist Ausgangspunkt und zentraler Bestandteil der von der Hamburger Künstlerin Sigrid Sigurdsson stammenden Konzeption des Gedenkortes, der die kritische Auseinandersetzung mit den an diesem Ort wirkmächtigen unterschiedlichen „Historischen Schichten“ ermöglicht, die bewusst nicht negiert werden. Vorausgegangen waren intensive Diskussionen auch unter Beteiligung namhafter Fachhistoriker, in deren Ergebnis die Notwendigkeit der Erhaltung, Kontextualisierung und Reflektion des Denkmals als Voraussetzung für den künstlerischen

Wettbewerb formuliert wurde. Aus diesem ging der vielbeachtete Entwurf von Frau Sigurdsson, die neben weiteren profilierter Künstlerinnen und Künstlern wie Rudolf Henz, Bogomir Ecker und Michael Kuhle angefragt worden war, als Sieger hervor. Diese Transparenz, der unterschiedlichen historischen Ebenen, die den Charakter des Ortes bestimmen, sind ohne jeden Zweifel eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit der Gedenkstätte, die sich aktuell mit der Thematik „Kinder im Holocaus“ befasst.Im Zusammenhang mit der 2018 vom Rat beschlossenen Übertragung der Gedenkstätte an den Verein „Arbeitskreis Andere Geschichte“ (DS 18-08215) wurde ausdrücklich festgehalten, dass die Stadt dem Verein Sondermittel in Höhe von 20.000,00 € zur Verfügung stellt, um diese „Historischen Schichten“ genauer zu untersuchen.

„Erinnerungsort historische Garnisonsstadt“
2. Einen „Ehrenhain“ oder ein „Andenken an die Schutztruppe Deutsch-Südwest“, wie im Antrag formuliert, im Bereich des Baugebietes „Roselies“ gibt es nicht. Am Möncheweg gibt es einen **„Erinnerungsort historische Garnisonsstadt Braunschweig“**, der auf die Geschichte der Stadt als ehemaliger militärischer Standort aufmerksam machen soll. Aufgestellt ist dort eine Anzahl von aus den ehemals zahlreichen Braunschweiger Kasernen stammenden Steinen mit den Namen von Einheiten, die in Braunschweig stationiert waren. Die Intention des Erinnerungsortes, dessen Einrichtung auf einen Ratsbeschluss zurückgeht (DS 2196/12 und 2209/12), ist durch eine Erläuterungstafel klar und unmissverständlich benannt: „Krieg hat in allen Zeiten großes Leid über die betroffenen Länder und ihre Bevölkerung gebracht. Doch auch die Soldaten, die an diesen Kriegen teilnehmen mussten, sind zum großen Teil zugleich auch Opfer dieser Kriege. An die Braunschweiger Soldaten, die in den letzten 300 Jahren ihre Gesundheit und ihre Leben ließen, ohne an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein, wird an dieser Stelle erinnert.“ Weiter oben wird auf der Tafel ausdrücklich ausgeführt, dass auch Braunschweiger Soldaten „in den Kolonialkriegen des Deutschen Kaiserreichs“ „missbraucht“ worden sind.

Dieser Erinnerungsort korrespondiert mit dem ebenfalls auf Grundlage eines Ratsbeschlusses erst vor wenigen Jahren auf dem benachbarten Gelände der ehemaligen Roselieskaserne eingerichteten „Garten der Erinnerung“, der an die Geschehnisse im belgischen Ort Roselies zu Beginn des Ersten Weltkriegs erinnert und als Ort der aktiven Versöhnung zu begreifen ist. (DS 15-00061)

3. Das **Kolonialdenkmal** an der Jasperallee steht seit vielen Jahren im Mittelpunkt erinnerungspolitischer Debatten (https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Streit-um-Wissmann-und-um-koloniales-Erbe,wissmann122.html). Diese Debatten die in den Jahren 2004 bis 2006 besonders intensiv geführt (Schüler*innenprojekt der IGS Franzsches Feld). Die Geschichte des Denkmals und die Frage nach einem zeitgemäßen Umgang mit der Kolonialgeschichte wird außerdem auch an diesem Denkmal seit langer Zeit durch Erläuterungstafeln thematisiert. In der aktuellen Debatte hat sich gezeigt, dass das Denkmal geeignet ist, um als Bezugspunkt sowohl für die Forderungen der BLM-Bewegung als auch den in Gang gekommenen gesellschaftlichen Diskurs über die koloniale Vergangenheit Deutschlands zu dienen. Ein künstlerischer Wettbewerb mit Künstlerinnen und Künstlern mit Migrationshintergrund und Bezug zu den ehemaligen deutschen Kolonien, der eine zeitgemäße Kommentierung und Kontextualisierung des Denkmals zum Ziel hat, ist in Vorbereitung. Grundlage für die Auslobung dieses Wettbewerbs ist eine genaue Kenntnis der Geschichte des Denkmals, die derzeit in Zusammenarbeit von Verwaltung und weiteren stadtgesellschaftlichen Akteuren erarbeitet wird und schon jetzt als work in progress auf den Internetseiten der Stadt (http://www.braunschweig.de/kultur/erinnerungskultur/kolonialdenkmal.php) eingesehen werden kann. Die entsprechenden Beschlussvorlagen für die Ratsgremien sind in Vorbereitung. Darüber hinaus werden Fragen der kolonialen Vergangenheit Braunschweigs stärker in den Fokus rücken (u.a. Provenienzforschung am Städtischen Museum).

Dr. Hesse

Anlage/n: 1. Zusammenstellung Gremienvorlagen Kolonialdenkmal
2. Übersicht Gremienvorlagen Schilldenkmal und Roselies

Der Oberbürgermeister
Bezirksgeschäftsstelle Mitte
10-311/35

Braunschweig, 2. April 2004

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Zeit
15	17. März 2004	Seniorenkreis Stadtpark Jasperallee 42	19:30 Uhr bis 20:50 Uhr

Anwesende: siehe Anlage

Herr Bezirksbürgermeister Jordan eröffnet um 19:35 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Stadtbezirksrates fest. Entschuldigt fehlen Frau Kemper und Herr Kaiser. Frau Schwabe nimmt ab 19.50 Uhr an der Sitzung teil. Um 19.40 Uhr eröffnet Herr Bezirksbürgermeister Jordan die Einwohnerfragestunde. Da keine Fragen vorliegen, lässt Herr Bezirksbürgermeister Jordan über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 17 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form abgehandelt.

Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung vom 28. Januar 2004

Die Fraktion B90/GRÜNE bittet die Formulierung auf Seite 4 unter Punkt 4, 2. Absatz des Protokolls wie folgt zu ändern: „Herr Kablitz hat im Hinblick auf den Umfang der ins Auge gefassten Unterholz- und Buschwerkausdünnungen noch weiteren Informationsbedarf."

Anschließend lässt Herr Bezirksbürgermeister Jordan über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen.

Beschluss: (Genehmigung der Niederschrift gem. § 49 Abs. 2 i. V. m. § 55 b Abs. 4 NGO)

Abstimmungsergebnis: 17 dafür 0 dagegen 0 Enthaltung

Punkt 2: a) Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan teilt Herrn Maring mit, dass er seiner Bitte um Verschiebung einiger Sitzungstermine des Stadtbezirksrates nicht nachkommen kann.

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan schlägt für die Durchführung des Ortstermins „Gliesmaroder Straße" Freitag, den 19. März 2004, 9.00 Uhr vor. Treffpunkt ist vor dem Supermarkt PLUS. Dem Vorschlag wird zugestimmt. Auf eine nochmalige schriftliche Einladung durch die Bezirksgeschäftstellenleitung wird verzichtet.

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan weist auf die Bürgersprechstunde mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Hoffmann am 12. Mai 2004 in der Brunsviga hin. Er bittet, Themenvorschläge zu benennen.

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan weist auf das diesjährige Treffen der Vereine und Verbände des Stadtbezirks 120 – Östliches Ringgebiet hin. Es soll am Freitag, 20. August 2004 um 20.00 Uhr im Gartenverein Mückenburg oder in der PSV-Gaststätte stattfinden.
-

b) Mitteilungen der Verwaltung

- Die schriftliche Mitteilung des FB Straßenbau und Verkehrswesen bzgl. eines Nachtfahrverbots für LKW und einer Geschwindigkeitsbeschränkung für die Herzogin-Elisabeth-Straße wird zur Kenntnis des Stadtbezirksrates verlesen. Die Voraussetzungen zur Einrichtung eines Nachtfahrverbots für LKW und einer Geschwindigkeitsbeschränkung liegen nicht vor.

- Die schriftliche Mitteilung des FB Straßenbau und Verkehrswesen bzgl. der Wiederherstellung der Fahrbahnmarkierung für den Radweg Humboldtstraße wird zur Kenntnis des Stadtbezirksrates verlesen. Die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Fahrbahnmarkierung für den Radweg liegen nicht mehr vor.

- Der Fachbereich Stadtentwässerung teilt mit, dass voraussichtlich von Anfang März bis Ende Mai 2004 die Abwasserkanäle in der Grünstraße saniert werden. Die Eigentümer der betroffenen Grundstücke wurden entsprechend informiert.

Punkt 3: Anfragen

a) Baumfällung Richterstraße (SPD)

Die Anfrage wird von Frau Hahn vorgetragen. Herr Loose vom FB Stadtgrün schlägt dem Stadtbezirksrat 120 – Östliches Ringgebiet einen Ortstermin in der Richterstraße vor, um die Situation vor Ort zu besprechen. Der Stadtbezirksrat nimmt das Angebot an und entscheidet sich als Termin für Donnerstag,
25. März 2004. Treffpunkt ist um 16.00 Uhr an der Ecke Richterstraße/Wilhelm-Bode-Straße.

b) Situation „Langer Kamp" (SPD)

Frau Hahn erläutert die Anfrage. Hierzu liegt eine Antwort des FB Stadtplanung und Umweltschutz vor. Für das Grundstück liegt ein Bauantrag vor. Der Bauherr steht z. Z. in Verhandlung mit der Bauverwaltung über eine Verlängerung dieser Genehmigung wegen einer möglichen Verfristung. Da es offensichtlich Vermarktungsschwierigkeiten für die angebotenen Wohnungen gibt, kann die Bauverwaltung nicht abschätzen, ob in absehbarer Zeit mit einer Bebauung zu rechnen ist.
Bezüglich der Unterlassung des Schneeräumens auf dem Grundstück Zimmerstraße/Langer Kamp liegt eine Antwort der Stadtreinigung Braunschweig GmbH (SRB) vor. Der Eigentümer des betroffenen Grundstückes wurde bereits durch die SRB angeschrieben und auf seine Grundstücksreinigungspflicht hingewiesen. Falls sich der Reinigungszustand vor dem Grundstück nicht verbessern sollte, wird ggf. ein Ordnungswidrigkeitsverfahren durch die SRB eingeleitet.

c) Kolonialdenkmal im Stadtpark (SPD)

Die Anfrage wird von Frau Hahn vorgetragen. Die Verwaltung wird sich bemühen, die Anfrage zur nächsten Stadtbezirksratssitzung abschließend zu beantworten. In diesem Zusammenhang liegt ein schriftliche Mitteilung des Fachbereiches Zentrale Dienste vor, wonach künftig am Volkstrauertag am Kolonialdenkmal an der Jasperallee keine Kranzniederlegung mehr erfolgt, da das Denkmal vorrangig für den Kolonialismus und nicht für den Gedanken des Volkstrauertages (Gedenken der Toten des Krieges) steht. Herr Bezirksbürgermeister Jordan bittet den Heimatpfleger Herrn Wittwer an dieser Stelle über die Entstehung des Kolonialdenkmals zu berichten. Herr Wittwer schließt seinen Kurzvortrag mit der Bitte, dass Denkmal nicht zu entfernen, sondern andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen, z. B. das Denkmal als Mahnmal gegen Kolonialkriege umzuwidmen. Herr Bezirksbürgermeister Jordan bittet die Verwaltung, den Heimatpfleger Herrn Wittwer bei den Überlegungen zur Problematik des Kolonialdenkmales zu beteiligen.

d) Straßenreinigung „Brodweg" (CDU)

Die Anfrage wird von Frau Mühlich vorgetragen. Hierzu liegt eine Antwort des FB Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft und der SRB (Stadtreinigung Braunschweig GmbH) vor. Die Reinigung auf dem Brodweg erfolgt jeden Mittwoch in der Nachtschicht. Die erfolgten Reinigungen lassen sich aus einem Reinigungsplan nachvollziehen. Da die Reinigung satzungsgemäß erfolgt ist, besteht keine Möglichkeit einer Gebührenrückerstattung. Ein neues Straßenreinigungskonzept wurde Anfang 2003 nur für den Innenstadtbereich eingeführt. Eine Umsetzung für das übrige Stadtgebiet ist geplant. Es ist jedoch zurzeit nicht absehbar, zu welchem Zeitpunkt die Einführung stattfinden soll. Daher erfolgte bislang keine Vorstellung eines neuen Konzepts im Stadtbezirksrat 120 – Östliches Ringgebiet.
Eine sofortige Änderung der Reinigungsklasse ist nicht möglich. Grundlage für die Straßenreinigungsgebühren am Brodweg ist die Einstufung in die jeweilige Reinigungsklasse. Dies erfolgt über das Straßenverzeichnis als Anlage zur Straßenreinigungsverordnung. Zur nächsten Änderung wird von der Verwaltung vorgeschlagen, dass der Brodweg von der Reinigungsklasse III in die Reinigungsklasse IV herabgestuft werden soll. Die Entscheidung liegt bei den politischen Gremien. Die Verwaltung beabsichtigt, das Straßenverzeichnis zum 1. Januar 2005 zu ändern.

e) Situation Helmstedter Straße (CDU)

Herr Edelmann erläutert die Anfrage. Hierzu liegt eine Antwort des FB Stadtplanung und Umweltschutz vor. Vorentwürfe für einen Umbau des Straßenzuges Helmstedter Straße und Kastanienallee zwischen der Oker und dem Altewiekring liegen seit einigen Jahren bereits vor. Bei der Finanzierung wird jedoch davon ausgegangen, dass hier eine Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) möglich ist. Diese Möglichkeit für eine geringere Inanspruchnahme städtischer Mittel will die Stadt nutzen. Aus anderen Vorhaben ist bekannt, dass entsprechende Mittel bis zum Jahr 2007 zunächst für dringlichere Maßnahmen vorgesehen sind. Daher hat die Verwaltung bisher davon abgesehen, die entsprechende Planung bis ins letzte Detail abzustimmen und den Gremien vorzustellen. Aufgrund des beengten Straßenraumes kommt der Umbau der Kreuzung zu einem Kreisverkehr nicht in Betracht. Der geplante Ausbau der Kreuzung ist dem Stadtbezirksrat bereits vorgestellt worden. In der Kastanienallee ist der Mischwasserkanal wegen starker Schäden dringend zu erneuern. Um die Fahrbahn der Kastanienallee von der Helmstedter Straße bis zum Altewiekring mittelfristig vor einer weiteren Zerstörung durch Witterungseinflüsse zu schützen, ist noch in diesem Jahr nach Abschluss der

Der Oberbürgermeister
Bezirksgeschäftsstelle Mitte
10-311/35

Braunschweig, 17. September 2004

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Zeit
18	1. September 2004	Seniorenkreis Stadtpark, Jasperallee 42	19:30 Uhr – 20:40 Uhr

Anwesende: siehe Anlage

Herr Bezirksbürgermeister Jordan eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlußfähigkeit des Stadtbezirksrates fest. Entschuldigt fehlen Herr Dr. Kleemeyer und Frau Hartmann. Anschließend eröffnet Herr Bezirksbürgermeister Jordan die Einwohnerfragestunde. Da keine Fragen vorliegen, läßt Herr Bezirksbürgermeister Jordan über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 17 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form abgehandelt.

Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung vom 16. Juni 2004

Herr Bezirksbürgermeister Jordan weist auf Punkt 2 b) Mitteilungen der Verwaltung hin. Der FB Stadtgrün hat zum Thema „Lärmbelästigung durch Basketball" auf dem Spielplatz Allerstraße mitgeteilt, daß dort zusätzlich ein Schild angebracht wurde, das den Zeitraum des Ballspielens täglich bis 20:00 Uhr begrenzt. Der dieser Maßnahme zugrundeliegende Antrag des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet – beinhaltete jedoch ein Schild mit konkreten Zeitangaben, die das Basketballspielen nur von Montag bis Samstag in der Zeit von 8:00 bis 20:00 Uhr zulassen. Er bittet darum, einen entsprechenden Hinweis an den FB Stadtgrün zu geben.

Bezüglich der Baumscheibensicherung auf der Wiesenstraße sind lt. Mitteilung von Herrn Bezirksbürgermeister Jordan zwei Verkehrsschilder versetzt worden, die ein Beparken der Baumscheiben verhindern sollen. Die Abstände zwischen den versetzten Verkehrsschildern und den bereits stehenden Pollern sind jedoch so groß, daß die Autos weiterhin auf der Baumscheibe parken, indem sie mit dem Heck auf der Straße stehen. Er bittet den FB Straßenbau und Verkehrswesen, entsprechend zu informieren.

Anschließend läßt Herr Bezirksbürgermeister Jordan über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen.

Beschluß: (Genehmigung der Niederschrift gem. § 49 Abs. 2 i. V. m. § 55 b Abs. 4 NGO)

Abstimmungsergebnis: 13 dafür 0 dagegen 4 Enthaltungen

Punkt 2: a) Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan berichtet über den Ortstermin vom 27. August 2004 bezüglich der Radwegsituation in der Kastanienallee zwischen Helmstedter Straße und Altewiekring. Zwischen den Vertretern des Bezirksrates und dem anwesenden Sachbearbeiter des FB Straßenbau und Verkehrswesen konnte kein verhandlungsfähiger Lösungsweg gefunden werden. Der Ortstermin blieb leider ergebnislos.

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan berichtet über den Ortstermin am 2. Juli 2004 auf dem Spielplatz Menzelstraße. Vom FB Stadtgrün wird zur Umgestaltung und Erneuerung des Spielplatzes ein Vorschlag erarbeitet, der in der Sitzung am 17. November 2004 dem Stadtbezirksrat 120 – Östliches Ringgebiet – vorgestellt werden soll. Die erforderlichen Mittel werden voraussichtlich aus dem Haushalt 2005 genommen. Der Stadtbezirksrat 120 – Östliches Ringgebiet – wird zur Bereitstellung der Mittel einen entsprechenden Antrag zum Haushalt 2005 stellen.

b) Mitteilungen der Verwaltung

- Es liegt eine Mitteilung des FB Stadtplanung und Umweltschutz, Abt. Baurecht, zur Errichtung einer Mobilfunkanlage auf der Helmstedter Straße vor. Herr Kablitz, B90/GRÜNE, hat die Örtlichkeit besichtigt. Es handelt sich um ein Eckgebäude, auf dem bereits eine Anlage mit zwei Masten errichtet wurde. Seiner Meinung ist diese Umgebung ein sensibler Bereich. Insbesondere wird auf die Klinik Hochstraße, die Berufsbildenden Schulen V und VI, den Waldorfkindergarten und den Spielplatz Giersberg hingewiesen. Herr Kablitz hält die gewählte Ortslage für ungünstig und regt an, einen Ersatzstandort zu suchen. Herr Wantzelius, SPD-Fraktion stimmt der beabsichtigten Errichtung der Mobilfunkanlage zu. Seiner Meinung nach handelt es sich um keinen besonders sensiblen Bereich. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Anzahl der Handybenutzer zunimmt und damit auch eine ausreichende Versorgung gewährleistet sein muß.

- Der FB Stadtgrün teilt mit, daß er nunmehr dem Vorschlag des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet – unter Zurückstellung der schon vorgetragenen Bedenken folgen wird und in den nächsten Wochen an zwei geeigneten Standorten am Randbereich des Franzschen Feldes die vom Stadtbezirksrat gewünschten Hinweisschilder zum Thema „Freilaufzone für Hunde“ aufstellt.

- Zum Thema „Stadtpark-Promenadengitter“ teilt der FB Stadtgrün mit, daß die Verwaltung den betreffenden Bereich des Promenadengitters am Standpark entlang der Wilhelm-Bode-Straße in Augenschein nehmen und die Verkehrssicherheit sowie die Möglichkeit einer Reparatur prüfen wird. Sollte die angeregte Reparatur aus fachlicher Sicht nicht erforderlich bzw. nicht mehr in wirtschaftlicher Form durchführbar sein, wird dem Stadtbezirksrat hierzu nochmals berichtet.

- Mitteilung des FB Straßenbau und Verkehrswesen über durchzuführende Kanalbauarbeiten in der Zeit vom 13. Juli bis 10. September 2004 auf der Kastanienallee zwischen Altewiekring und Helmstedter Straße.

- Mitteilung des FB Straßenbau und Verkehrswesen über die Sanierung der Rankestraße in zwei Bauabschnitten in der Zeit vom 9. August bis 31. Oktober 2004 und der damit verbundenen Beeinträchtigungen.

- Mitteilung des FB Finanzen, Abt. Liegenschaften, über die Sondernutzung des Franzschen Feldes zur Durchführung des Drachenfestes am 10. Oktober 2004.

- Mitteilung des FB Finanzen, Abt. Liegenschaften, zur Sondernutzung des Stadtparks zur Durchführung eines Familienfestes des CDU-Ortsverbandes Hagen-Altewiek am 11. September 2004.

Punkt 3: Sachstandsbericht Kolonialdenkmal

Frau Dr. Hesse, Leiterin des FB Kultur, berichtet über den Sachstand zum Kolonialdenkmal. Eine Umsetzung des Kolonialdenkmals wird nicht erfolgen. Es soll eine Erläuterungstafel angebracht werden, die das Denkmal und seine Zeit geschichtlich erklärt. Die Erarbeitung eines Erläuterungstextes soll im Rahmen der Stadtteilkulturarbeit des Kulturinstituts durch Schülerinnen und Schüler erarbeitet werden. Das Projektkonzept sollte im Frühjahr 2005 vorliegen, die Durchführung des Projektes bis Ende 2005 abgeschlossen sein. Frau Dr. Hesse teilt mit, daß diese Terminierung aufgrund eines Personalengpasses im Kulturinstitut nicht eingehalten werden kann. Das Projekt kann erst im Jahr 2006 in Angriff genommen werden. Sie weist auf die von ihr verteilte Publikation über die Gedenkstätten der Stadt Braunschweig hin und schlägt vor, das Kolonialdenkmal in die Topographie mit aufzunehmen und ein Schild mit Angabe der Internetadresse für weitere Informationen anzubringen. Der Stadtteilheimatpfleger, Herr Wittwer verliest ein Zitat aus der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925, das als Erläuterungstext genutzt werden soll (siehe Anlage). Es handelt sich hierbei um eine Interimslösung bis zur Umsetzung des beabsichtigten Schülerprojektes. Kosten für das Schild werden in Höhe von ca. 200 – 500 € entstehen. Die Mitglieder des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet – erklären sich mit dieser Vorgehensweise grundsätzlich einverstanden. Der Erläuterungstext soll vor der Veröffentlichung dem Stadtbezirksrat nochmals zur Abstimmung vorgelegt werden.

Punkt 4: Haushalt 2005, Investitionsprogramm 2004 – 2008 - Anhörung -

Herr Bezirksbürgermeister Jordan weist auf die für den Stadtbezirksrat 120 – Östliches Ringgebiet – angefertigte Auflistung der Haushaltsansätze und Vorhaben des Investitionsprogramms 2004 – 2008, die für den Stadtbezirk relevant sind, hin. Frau Hahn weist auf die Zuschüsse für die Begegnungsstätte Korfesstraße und die Nachbarschaftshilfe Korfesstraße hin. Es ist Wunsch der SPD-Fraktion, daß diese Ansätze und auch die Zuschüsse für die Brunsviga erhöht werden und auf das Niveau von 2002 steigen.

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister FB Stadtplanung und Umweltschutz 61.11-F 1	*Drucksache* 8995/04	*TOP* *Datum* 9. September 04

Vorlage

Beratungsfolge	*Sitzung*			*Beschluß*			
	Tag	*Ö*	*N*	angenommen	abgelehnt	geändert	passiert
Stadtbezirksrat 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode als Mitteilung	9. Nov. 04	X					
Planungs- und Umweltausschuß	1. Dez. 04	X					
Verwaltungsausschuß	14. Dez. 04		X				

Beteiligte Fachbereiche / Referate / Abteilungen	Beteiligung des Referates 0140	Anhörungsrecht des Stadtbezirksrats	Vorlage erfolgt aufgrund Vorschlag/Anreg.d.StBzR
Fachbereiche 20, 67, Abt. 61.4	☐ Ja ☒ Nein	☐ Ja ☒ Nein	☐ Ja ☒ Nein

Überschrift, Beschlußvorschlag

82. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Rautheimer Kasernen"

Stadtgebiet zwischen DB-Gleisen, westlichem Rand der Siedlung "Elmaussicht", westlichem Rand des Gewerbegebietes "Rautheim-Nord", Verbindungsweg zwischen Lindenberg und Rautheim, Möncheweg und Rautheimer Straße

Bebauungsplan "Lager- und Betriebshof", **RI 11**

Stadtgebiet zwischen Reitlingstraße, Helmstedter Straße und Gleisanlagen der DB

Bebauungsplan "Heinrich der Löwe-Kaserne", **AW 100**

Stadtgebiet zwischen A 39, Straße "Erzberg", Braunschweiger Straße und Rautheimer Straße

Bebauungsplan "Roselies-Kaserne", **AW 99**

Stadtgebiet zwischen Braunschweiger Straße, Rautheimer Straße, Möncheweg und Fußweg zwischen Lindenberg und Rautheim

Planungsbeschluß

1. "Für das in der Anlage 1 bezeichnete Stadtgebiet wird eine Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen mit dem Ziel, insbesondere gewerbliche Bauflächen, gemischte Bauflächen und Wohnbauflächen darzustellen.

2. Für das in der Anlage 2 bezeichnete Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes "Lager- und Betriebshof", RI 11 beschlossen.

3. Für das in der Anlage 3 bezeichnete Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes "Heinrich der Löwe-Kaserne", AW 100 beschlossen.

4. Für das in der Anlage 4 bezeichnete Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes "Roselies-Kaserne", AW 99 beschlossen."

Sachverhalt, Begründung, finanzielle Auswirkung: siehe nächste Seite

Anlaß/Planerfordernis

Im Jahr 2001 hat das Bundesverteidigungsministerium die Aufgabe der Roselies- und der Heinrich der Löwe-Kaserne in Braunschweig im Rahmen des Konversionsprogrammes des Bundes endgültig festgelegt. Zuvor gab es bis Ende 2000 vielfältige politische Bemühungen unter Mitwirkung der Verwaltungsspitze, um die drohende Standortschließung für Braunschweig abzuwenden bzw. den Abbau zumindest zu reduzieren - jedoch ohne Erfolg.

Inzwischen ist die Roselies-Kaserne und der sogenannte „Lager- und Betriebshof" von jeglicher militärischer Nutzung freigezogen und dem Bundesvermögensamt (BVA) zur Veräußerung bzw. Verwaltung der Liegenschaften übergeben worden.

Die Heinrich der Löwe-Kaserne soll bis zum 31. Dezember 2004 ebenfalls geräumt und an das BVA übergeben werden. Solange die Kasernen militärisch genutzt werden, entziehen sie sich der Planungshoheit der Gemeinde. Voraussetzung dafür, daß die Stadt die städtische Planungshoheit wieder erlangt, ist ein Schreiben des Bundes, in dem dieser ausdrücklich den sog. Fachplanungsvorbehalt aufhebt. Dies ist bislang lediglich für einen kleinen Teilbereich - die Schwimmhalle der Roselies-Kaserne - erfolgt. Da auch alle anderen Gebäude und Freiflächen zukünftig nicht mehr militärisch genutzt werden sollen, besteht das Erfordernis, per Bebauungsplan die zukünftige Nutzung der Kasernen festzusetzen.

Bund und die Stadt Braunschweig haben sich darauf verständigt, daß im Auftrage des Bundes eine Machbarkeitsstudie zur weiteren baulichen Nutzung der Kasernen in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Braunschweig erstellt werden soll. Diese Aufgabe hat das Staatliche Baumanagement Braunschweig I (SB BS I) übernommen. Das SB BS I hat ein landschaftsplanerisches sowie ein schalltechnisches Gutachten in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse in die Machbarkeitsstudie eingeflossen sind. Die wesentlichen Ergebnisse dieser Überlegungen sind in dieser Vorlage niedergelegt. Die Machbarkeitsstudie wird den Fraktionen jeweils zur Verfügung gestellt.

Insgesamt stehen ca. 54 ha Flächen zur Disposition. Dies bedeutet ein erhebliches Stadtentwicklungspotenzial. Eine zügige Entscheidung über die Nachnutzung der Kasernen ist allein schon deswegen geboten, um Vandalismuserscheinungen vorzubeugen, die erfahrungsgemäß in brachgefallenen Liegenschaften nach einiger Zeit häufig auftreten.

Historie

Auf dem Areal der heutigen Heinrich der Löwe Kaserne wurden in den Jahren 1935/1936 die Heinrich der Löwe Kaserne und die Hindenburgkaserne als sog. „getrennte Doppelkasernen" errichtet, d. h. es handelte sich ursprünglich um eine spiegelbildliche Anlage. Mit Übernahme durch die Bundeswehr wurden sie unter dem Namen Heinrich der Löwe Kaserne zusammengefaßt.

Von 1936 bis 1945 wurden die Kasernen durch Artillerieeinheiten der deutschen Wehrmacht, von 1945 bis 1958 durch die US-Army und durch die britische Rheinarmee genutzt. Ab1958 wurden in der Liegenschaft Grenadier- bzw. Panzereinheiten der Bundeswehr untergebracht.

Mit der Übernahme durch die Bundeswehr wurde Anfang der 60er-Jahre die ehemalige Doppelkaserne zusammengefaßt und eine Grundinstandsetzung durchgeführt. Dabei wurde die Kaserne bis zur in Nord-Süd-Richtung noch erkennbar in der Kaserne verlaufenden Böschung nach Osten erweitert.

Ende der 80er-Jahre wurde im Norden der Kaserne für den Neubau der BAB 39 ein wesentlicher Teil (sieben Unterkunfts-, Stabs- , Wirtschafts- und Lehrsaalgebäude) an die Straßenbauverwaltung abgegeben und für den vorgesehenen Straßenbau abgerissen.

In diesem Zuge wurde das Erweiterungsgelände im Osten ab o. a. Böschung bis zur heutigen Grenze erworben. Hier wurden sechs Unterkunftsgebäude, das Wachgebäude mit einem Parkplatz für 500 Pkw und zwei oberirdische Betriebsstofflagerhäuser errichtet.

Ein zentrales Regenrückhaltebecken für die gesamte Oberflächenentwässerung der Kaserne wurde ebenfalls hergestellt.

Im „Altbereich" wurden darüber hinaus u. a. das Fernmeldezentrum und das Wirtschaftsgebäude neu gebaut sowie die Kompaniewerkhalle und das Offizierskasino aufwändig ausgebaut.

Im Folgenden wird getrennt für die drei Liegenschaftsteile „Lager- und Betriebshof", „Heinrich der Löwe-Kaserne" und „Roselies-Kaserne" die Bestandssituation beschrieben.

Bestandssituation Lager- und Betriebshof

Der sog. Posthof (Fläche ca. 3,9 ha) liegt räumlich getrennt von den beiden Kasernen nördlich der geplanten A 39 in direkter Nachbarschaft zur Wohnsiedlung *Elmaussicht*. Die Flächen sind im Gegensatz zu den anderen Kasernenteilen nur wenig versiegelt, offensichtlich nicht hergerichtet, um von Panzerfahrzeugen befahren zu werden. Neben einem dreigeschossigen Kasinogebäude befinden sich auf dem Gelände Werkstätten, Garagen, Lager- und Büroflächen sowie eine Heizzentrale. Der im Jahr 2003 gegründete militärische Veteranenclub hat das ehemalige Kasino provisorisch in Zwischennutzung genommen: Hier werden Erinnerungsstücke der langen Militärgeschichte Braunschweigs aufbewahrt bzw. ausgestellt und in den Räumlichkeiten gesellige Veranstaltungen abgehalten. Auf dem Freigelände wurde ein Ehrenhain (für Kranzniederlegungen) mit mehreren Gedenksteinen hergerichtet.

Der Modelleisenbahnclub hat Räumlichkeiten im dreigeschossigen Lagergebäude im Nordosten der Anlage angemietet und dort seine aufwändige Modelleisenbahnanlage aufgebaut.

Die Liegenschaft Posthof wird lärmtechnisch von der A 39 im Süden und den Eisenbahngleisen im Nordwesten beeinträchtigt.

Bestandssituation Heinrich der Löwe-Kaserne

Die Heinrich der Löwe-Kaserne umfaßt eine Fläche von rund 31 ha. Im Norden ist sie begrenzt durch die Trasse der A 39 bzw. die heute schon vorhandene Anschlussstelle Rautheim. Im Westen schließen sich Kleingärten bzw. eine Erwerbsgärtnerei an. Südlich wird die Liegenschaft von der Braunschweiger Straße und der an diese anschließende Roselies-Kaserne begrenzt.

Die Kaserne wird heute über die an der Braunschweiger Straße gelegene Wache erschlossen. Eine Bedarfsausfahrt führt auf die Rautheimer Straße und von dort direkt auf die Anschlussstelle *Rautheim* der A 39. Mit Nutzung dieser Zufahrtsmöglichkeit ergibt sich eine sehr gute Verkehrsanbindung, insbesondere des nördlichen Teils (technischer Bereich) der Liegenschaft. Etwa 2/3 der Kaserne (der nördliche Bereich) wird bzw. wurde für technische Zwecke benötigt. Bis auf die im Norden der Anlage befindliche Mehrzweckhalle und das Offiziersheim handelt es sich um eingeschossige Garagen und Werkstattgebäude oder Lager. Entsprechend der intensiven Nutzung durch Panzerfahrzeuge sind weite Teile des nördlichen Bereiches der Kaserne stark versiegelt (Betondecken). Östlich des relativ neuen Wirtschaftsgebäudes (Küche, Kantine) befindet sich eine zweite Mehrzweckhalle, die aber wie alle anderen Sporteinrichtungen im Kasernenbereich heutigen Ausstattungsansprüchen nicht genügt. Östlich der von Nord nach Süd verlaufenden Haupterschließung der Heinrich der Löwe-Kaserne befinden sich die Ende der 80er-Jahre erstellten dreigeschossigen Mannschaftsgebäude. Diese sowie die weiteren Mannschaftsgebäude sind auf Grund ihrer großen Bautiefe nur eingeschränkt für eine nachfolgende Wohnnutzung tauglich. Notwendig wären ca. vier neue Treppenhäuser pro

Baublock; aber auch dann führen die zu großen Raumtiefen zu marktunüblich großen Wohnungsabmessungen.

Besser geeignet als Umnutzungsziel sind Wohnformen wie studentisches Wohnen und Altenwohnanlagen, bei denen die Erschließung über einen Mittelflur beibehalten werden kann.

Die Mannschaftsgebäude im Süden der Anlage entsprechen dem so genannten Standard „Bundeswehr 2000": Im Unterschied zu den sonstigen Mannschaftsgebäuden sieht der Grundriß kleine abgeschlossene „Unterbringungseinheiten" vor, jeweils bestehend aus zwei Einzelzimmern und einem gemeinsamen Flur und Bad.

Das im Süden der Kaserne gelegene Kasino-Gebäude verfügt über einen hohen Baustandard und einen guten allgemeinen Erhaltungszustand.

Eine im Auftrag des Bundes erstellte Biotoptypenkartierung kommt zu dem Ergebnis, daß artenreicher Scherrasen als Biotoptyp vorherrscht. Im Bereich der neueren Mannschaftsgebäude finden sich Ruderalbestände, ebenso im Bereich direkt nördlich der Braunschweiger Straße. Als Fläche von vergleichsweise hohem Wert ist aus naturschutzfachlicher Sicht das naturnah angelegte Regenrückhaltebecken zu nennen. Weiterhin bedeutsam sind die Einzelbäume, die vorwiegend im südlichen Bereich der Kaserne vorzufinden sind.

Die Heinrich der Löwe-Kaserne wurde ebenso wie die Roselies-Kaserne im Rahmen des Altlastenprogramms des Bundes auf Gefahrenstoffe hin untersucht. Nach bisheriger Erkenntnis gibt es in beiden Kasernen nur punktuelle Schadstoffquellen. Es handelt sich um Leichtflüssigkeitsabscheider, Betriebsstofflager, Ölwechselrampen und vor allem ehemalige Tankstellen. Letztere wurden in der Vergangenheit bereits untersucht und zum Teil auch schon zurückgebaut. In der Summe ist davon auszugehen, daß aller Voraussicht nach die wenigen punktuellen Kontaminationen mit relativ geringem Aufwand beseitigt werden können.

Im Zuge des weiteren Bebauungsplanverfahrens werden die weiteren Untersuchungsschritte in Abhängigkeit von den vorgesehenen Nachnutzungen zwischen Bund und Stadt abgestimmt und ggf. Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Bestandssituation Roselies-Kaserne

Die Fläche der Roselies-Kaserne beträgt rund 19,5 ha. Das Gelände erstreckt sich zwischen der Rautheimer Straße im Norden und dem Möncheweg im Westen. Westlich dieser Straße liegt die Lindenbergsiedlung. Im Osten und im Süden grenzen landwirtschaftlich genutzte Flächen an. Die Kaserne ist über die Rautheimer Straße erschlossen. Im Westen der Kaserne, den Möncheweg prägend, liegen sechs dreigeschossige Unterkunftsgebäude für die Mannschaften. Auch hier ließen sich nur mit erheblichem Aufwand marktgerechte Wohnungen durch einen Umbau herstellen.

Östlich an diese Unterkunftsgebäude schließen sich das zweigeschossige Wirtschaftsgebäude, ein großer befestigter Hof sowie die Sporthalle an. Östlich davon finden sich eingeschossige Garagen, Werkstätten, offene Fahrzeugunterstände sowie eine Waschanlage.

Östlich daran schließen sich eine Freisportanlage und ein Schießstand an. Nördlich der Freisportanlage befinden sich vier Wohngebäude für Bundesbedienstete. Östlich an die Freisportanlagen schließen sich das Heizwerk und eine Schwimmhalle an.

In der westlichen Hälfte der Roselies-Kaserne sind schätzungsweise 30 bis 50 % der Fläche stark versiegelt (hauptsächlich dicke Betondecken). Südlich der Sportanlage befindet sich ein größerer Bereich, in dem sich ein kleines Ruderalgebüsch entwickelt hat. Im südöstlichen Bereich der Kaserne, südlich des Schwimmbades, findet sich mesophiles Grünland.

Rahmenbedingungen

Der südöstliche Bereich der Stadt Braunschweig ist durch den Rangierbahnhof und die A 39 deutlich von der (Innen)stadt Braunschweigs abgetrennt. Als Nord-Süd-Haupterschließungsachse fungiert der Möncheweg: Er erschließt die Ortsteile Lindenberg, Südstadt und Mascherode sowie die Roselies-Kaserne.

Zwischen den Ortsteilen Lindenberg, Rautheim und Südstadt befinden sich derzeit landwirtschaftliche Flächen. Diese waren bereits in den 90er-Jahren Gegenstand von weitreichenden Planungsüberlegungen. So wurden im Rahmen eines städtebaulichen Ideenwettbewerbes Konzeptionen für eine große Wohnsiedlung - schwerpunktmäßig Mehrfamilienhausbau - entwickelt, die aber auf Grund der seit der Mitte der 90er-Jahre zu verzeichnenden Nachfrageschwäche nach mehrgeschossigem Wohnungsbau nie realisiert wurde.

Südlich der Trasse der A 39 wird derzeit das Gewerbegebiet Rautheim-Nord entwickelt. Die Heinrich der Löwe-Kaserne wird von dieser Nachbarschaft weitgehend geprägt sowie von der schon erwähnten A 39. Westlich der Kasernen, getrennt durch die A 39, liegt das 30 ha große Gelände des Ausbesserungswerkes, für das ebenso wie für die Rautheimer Kasernen eine Nachnutzung noch gefunden werden muß. Bisherige Vorplanungen schlagen als Entwicklungsziel die Ansiedlung innovativer Unternehmen der "New Economy"-Branchen vor.

Sobald die A 39 bis zur A 2 ausgebaut ist und nachfolgend eine lückenlose neue Verbindung der Autobahn über Lüneburg in den skandinavischen Raum hergestellt ist, wird sich die Belastung der A 39 deutlich erhöhen.

Es ist mittel- bis langfristig im Prioritätenkonzept Stadtbahnplanung vorgesehen, die heute am Krematorium endende Stadtbahn zu verlängern und über den Möncheberg bis nach Mascherode hin zu führen.

Laut Landschaftsrahmenplan ist derzeit die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zum Erhalt von Arten und Lebensgemeinschaften überwiegend sehr stark eingeschränkt, ebenso wie die Leistungsfähigkeit zum Erhalt von qualitativ hochwertigem Grundwasser. Dies ist in weiten Teilen dem sehr hohen Versiegelungsgrad der Kasernen geschuldet. Vorhandene bzw. geplante Natur- oder Landschaftsschutzgebiete, ferner Naturdenkmäler, FFH- und Vogelschutzgebiete sind von der Nachnutzung nicht negativ betroffen. Der Siedlungsrand ist manchenorts unzureichend eingegrünt mit negativem Effekt auf das Orts- und Landschaftsbild. Insgesamt wird sich die zivile Nachnutzung positiv auf die meisten Umweltbereiche auswirken; im jetzigen Planungsstadium sind deswegen gravierende Konflikte mit Zielen des Umwelt- und Naturschutzes nicht absehbar.

In die Überlegungen zur Nachnutzung der beiden Kasernen ist auch die derzeitige Situation am Immobilienmarkt zu berücksichtigen.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie heute versuchen sowohl Bund und Land als auch DB und Telekom, um nur die größten Flächenanbieter zu nennen, sich von nicht mehr benötigten Liegenschaften zu trennen mit dem Ziel, durch Verkaufserlöse aus Grundstücksverkäufen ihre Bilanzen zu verbessern.

Auf der anderen Seite werden derzeit nur wenige Immobiliensegmente am Markt nachgefragt, insbesondere Einfamilienhäuser, Altenwohnanlagen, Einzelhandels- und Freizeitimmobilien. Dagegen besteht dezidiert kein Bedarf mehr an mehrgeschossigem Wohnungsbau, zumindest nicht im unteren und mittleren Preissegment.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie hat das SB BS I auch Überlegungen angestellt, ob das nachfolgend beschriebene Konzept wirtschaftlich überhaupt tragfähig ist. Nach erster überschlägiger Rechnung liegen die Kosten für die Beseitigung funktionslos gewordener Bauten und Betondecken und für die Erschließung deutlich unter den zu erwartenden Erlösen aus Grundstücksverkäufen bzw. Miet- und Pachten.

Städtische Bedarfe

Im Jahr 2003 wurde in allen Dezernaten der Stadtverwaltung ermittelt, ob der Bedarf besteht, ggf. Teile der Liegenschaften für städtische Zwecke zukünftig zu verwenden. Ergebnis war, daß insbesondere Defizite im Südosten der Stadt bestehen, was Sportfreiflächen aber auch Sporthallen anbetrifft.

Die Stadtverwaltung hat intensiv geprüft, ob die vorhandenen Sporteinrichtungen in den Kasernen sich für eine zivile Nachnutzung eignen.

Im Ergebnis kann diese Idee nicht weiterverfolgt werden, da beachtliche bauliche und Ausstattungsmängel vorliegen (z. B. fehlende Umkleidemöglichkeiten, mangelhafte Sanitärausstattung, Sicherheitsmängel), die die Nachnutzung nicht wirtschaftlich erscheinen lassen. Auch läßt sich eine Zwischennutzung der Sportanlagen nach Wegfall der militärischen Nutzung weder wirtschaftlich noch organisatorisch darstellen.

Im Zuge der Nachnutzungsüberlegungen wurde auch geprüft, ob sich eine der Kasernen für die Anlage eines Freizeit- und Erlebnisbades eignet. Die nur mittelmäßige ÖV-Anbindung und das aller Voraussicht nach mindestens mittelfristig verbleibende eher unattraktive bauliche Umfeld sprechen gegen die Anlage eines Freizeit- und Erlebnisbades an dieser Stelle.

Die Stadtwerke haben Interesse bekundet, das Heizwerk und das vorhandene Nahwärmenetz zu noch zu verhandelnden Konditionen zu übernehmen. Die vorhandene Schwimmhalle ist wirtschaftlich abgeschrieben und ließe sich nur mit erheblichem baulichen Aufwand wieder herrichten. Aber auch dann wäre ein wirtschaftlicher Betrieb eines öffentlichen Bades dieser Größenordnung nicht möglich.

Auswirkungen der Nachnutzung auf das Nutzungsgefüge im Südosten Braunschweigs

Das Brachfallen der beiden Rautheimer Kasernen und deren Nachnutzung haben Auswirkungen auf das Nutzungsgefüge des Braunschweiger Südostens, die im Folgenden dargestellt bzw. eingeschätzt werden.

Es bietet sich die Chance, die Siedlung Lindenberg zu ergänzen. Eine Vergrößerung der Siedlung führt dazu, daß sich Einrichtungen der sozialen Infrastruktur besser als zuvor „rechnen". So ist z. B. ein Nahversorger im Bereich der Roselies-Kaserne - begrenzt auf den örtlichen Bedarf - vorstellbar.

Das bisher verfolgte Ziel, den Standort *Möncheberg* für den mehrgeschossigen Wohnungsbau vorzuhalten, kann mit Blick auf die baulichen Reserven der beiden Kasernen nun aufgegeben werden. Im Bereich Möncheberg ist Einfamilienhausbebauung vorstellbar.

Aus Sicht der Verwaltung sind jedoch prioritär die Kasernen zu entwickeln. Die leer stehenden Gebäude in den Kasernen ziehen unmittelbaren Handlungsbedarf für den Eigentümer, den Bund, wie auch für die Stadt als Träger der Planungshoheit nach sich. Die Nachnutzung der Kasernen ist somit die wichtigere Entwicklungs- und Ordnungsaufgabe im Vergleich zur Erschließung neuen Baulandes im Außenbereich, zumal die Kasernen stadtnäher liegen als die potenziellen Bauflächen *Möncheberg*.

Ob und ggf. wann die bisher rahmenplanerisch vorgesehenen Sportfreiflächen im Bereich zwischen den Orten Lindenberg/ Südstadt/ Rautheim entstehen sollen, ist derzeit nicht absehbar. Insbesondere wegen der schwierigen Haushaltslage lassen sich hierzu kaum tragfähige Aussagen treffen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß genügend Freiflächen im Bereich zwischen den genannten Orten vorhanden sind, die sich für diesen Zweck eignen.

Nachnutzungskonzept Lager und Betriebshof

Der mit 3,9 ha kleinste Teil der Kasernen, der abgetrennt durch die A 39 und die B 1 selbstständig vermarktbar erscheint, bietet sich für eine bestandsorientierte Nachnutzung an. Aufwändige Ordnungsmaßnahmen vor einer neuen Nutzung wie z. B. Entsiegelung sind hier nicht erforderlich.

Das Nutzungsspektrum ist durch die angrenzenden Nutzungen stark determiniert: So kann auf Grund der lärmintensiven Nachbarschaft zu den DB-Gleisen im Norden des Grundstücks keine lärmempfindliche Nutzung Platz greifen; auf Grund der unmittelbar östlich angrenzenden Wohnsiedlung Elmaussicht kann wiederum auch keine lärmintensive Nachnutzung festgesetzt werden. Im Ergebnis wird nicht störendes Gewerbe als Nachnutzung vorgeschlagen. Das Land hat Interesse gezeigt, in diesem Bereich verschiedene Magazin- und Lagernutzungen unterzubringen.

Ein kürzlich gegründeter militärischer Veteranenclub beabsichtigt, ein Gebäude des Lager- und Betriebshofes anzumieten für ihre Vereinsaktivitäten und um die im Laufe der langen Kasernentradition gesammelten Trophäen dauerhaft aufzubewahren. Aus Sicht der Stadt Braunschweig wäre es wünschenswert, den Fortbestand dieser Nutzung an der heutigen Stelle zu garantieren, ebenso wie den Modelleisenbahnclub, der Teile der Liegenschaft angemietet hat.

Nachnutzungskonzept Heinrich der Löwe-Kaserne

Für den Bereich der Heinrich der Löwe-Kaserne wird ebenfalls eine eher bestandsorientierte Nachnutzung angestrebt. Im Norden der Kaserne im Einwirkungsbereich der A 39 ist ohnehin auf Grund der Immissionen nur gewerbliche Nachnutzung möglich. Verkehrstechnisch soll die Nebeneinfahrt, die sich direkt gegenüber der Ausfahrt der Anschlussstelle Rautheim der A 39 befindet, als Haupterschließung umfunktioniert werden. Es besteht räumlich die Möglichkeit, die Heinrich der Löwe-Kaserne verkehrlich an das Gewerbegebiet Rautheim-Nord anzubinden. Eine Entscheidung darüber sollte im verbindlichen Bauleitplanverfahren herbeigeführt werden. Im Rahmen der Bauleitplanung ist weiterhin zu überprüfen, ob die vorhandenen Verkehrsanlagen den künftig steigenden Belastungen noch gewachsen sind und welche Maßnahmen ggf. zusätzlich erforderlich werden. Abhängig von den zukünftigen Nutzerwünschen muß abschnittsweise entschieden werden, in welcher Dichte neue Erschließungsanlagen notwendig werden und welche technischen Gebäude nachgenutzt oder aber beseitigt werden müssen. In diesem Bereich der Kaserne sind insbesondere autobahn- bzw. autoaffine Nutzungen vorstellbar, wie z. B. ein Autohof. Lärmtechnisch muß das neue Gewerbegebiet aber teilweise als eingeschränktes GE-Gebiet festgesetzt werden, um die unmittelbar angrenzende vorgesehene gemischte bauliche Nutzung nicht über Gebühr zu beeinträchtigen.

Die Unterkunftsgebäude im südlichen Teil der Liegenschaft sollen nach Möglichkeit durch Verwaltung oder nicht störendes Gewerbe nachgenutzt werden. Die Mittelgangerschließung der Gebäude bietet hier gute Voraussetzungen. Als Ausweisung kommen in Abhängigkeit von konkreten Nachnutzungswünschen *die Kategorien Mischgebiet, Sondergebiet* oder auch *eingeschränktes Gewerbegebiet* in Frage. Für das sehr gut erhaltene Wirtschaftsgebäude muß eine geeignete Nachnutzung noch gefunden werden (evtl. Großküche oder Diskothek?).

Um die Beeinträchtigung durch das neue Gewerbegebiet im Norden gering zu halten, wird eine Trennung der Erschließungssysteme im nördlichen und südlichen Teil der Liegenschaft vorgeschlagen. Die Erschließung des südlichen Bereiches erfolgt über die Braunschweiger Straße im Bereich der heutigen Wache. Die Unterkunftsgebäude mit dem Standard „Kaserne 2000" bieten sich u. a. auch für die temporäre Unterbringung, z. B. von jungen Menschen zu Ausbildungszwecken an (z. B. Zivildienstschule, Sportschule o. ä.). Problematischer ist die Nachnutzung der neueren Unterkunftsgebäude im Osten der Liegenschaft. Diese liegen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gewerbegebiet Rautheim-Nord, was bei einer Wohnnutzung zu erheblichem Aufwand für Lärmschutzmaßnahmen führen würde.

Ungeklärt ist auch die Frage, welcher Nachnutzung das hochwertige Kasino zugeführt werden soll (Hotel, Jugendherberge?).

Als gestalterisches Grundprinzip hier wie auch in der Roselie-Kaserne sollte die orthogonale Anlage der Bauten bzw. der Erschließungstrassen aufgegriffen bzw. weiterentwickelt werden. Die beiden in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Erschließungsachsen im Westen bzw. in der Mitte der Heinrich der Löwe-Kaserne könnten durch ergänzende Baumpflanzungen zu Grünachsen ausgebaut werden und so maßgeblich zur Orientierung beitragen. Im Bereich nördlich und südlich des zu erhaltenden Regenrückhaltebeckens sind weitere Baufelder für gewerbliche Zwecke vorstellbar.

Nachnutzungskonzept Roselies-Kaserne

Im Gegensatz zu den vorgenannten Liegenschaften erscheint es in Anbetracht der Nachbarschaft zur Lindenbergsiedlung als richtig, eine weitgehende Umnutzung des Areals der Roselies-Kaserne zu Wohnzwecken anzustreben. Dabei werden nur wenige Gebäude (Mannschaftsgebäude am Möncheweg) unter Umständen im Bestand zu erhalten und für Bürozwecke oder Wohnen umzunutzen sein, sofern sich hierfür Investoren finden lassen. Die restlichen Gebäude sollen dagegen abgerissen werden, um hier ein zusammenhängendes Einfamilienhausgebiet zu ermöglichen. Laut GEWOS-Studie aus dem Jahr 2003 besteht nach wie vor bis zum Jahr 2015 Bedarf für ca. 4.000 Einfamilienhäuser in Braunschweig. Das Ergebnis einer Untersuchung der vorhandenen und prognostizierten Schallimmissionen schränkt die für Wohnzwecke nutzbare Kasernenfläche allerdings ein: Zum Möncheweg und zur Rautheimer Straße hin werden im Rahmen der Bebauungsplanung die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen bzw. Abstände im Detail geklärt. Im spitzwinkligen Kreuzungsbereich dieser beiden Straßen im Norden wird eine Teilfläche wegen der Verkehrsimmissionen lediglich Mischgebietscharakter haben können.

Auch hier sollen die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Erschließungstrassen zu Grünachsen aufgewertet werden und der Orientierung dienen.

Im Westen der Kaserne soll ein 5 bis 10 m breiter Streifen für den potenziellen Ausbau des Möncheweges bereitgestellt werden, ebenso wie im Bereich des Knotenpunktes Möncheweg/Raut-heimer Straße mit dem Ziel, hier einen fahrdynamisch günstigeren Knoten zu entwickeln. Es bleibt zu prüfen, ob das Wirtschaftsgebäude zu Teilen als soziale Infrastruktur Verwendung finden kann. Der südöstliche Teil der Roselies-Kaserne wie auch der südöstliche Teil der Heinrich der Löwe-Kaserne sollen nicht vollständig baulich nachgenutzt werden, um mittel- bis langfristig die Anlage eines Grünzuges südlich der Roselies-Kaserne etwa im Bereich der dort gelegenen Hochspannungsleitungen zu ermöglichen. Dieser Grünzug wäre Bestandteil des städtischen Freiraumsystems „Ringe und Achsen", der einerseits ein wichtiges Teilstück in der Grünvernetzung von der Oker bis zur Wabeaue darstellt und andererseits die Ortsteile Lindenberg und Südstadt und zukünftig die Ortsteile Kasernen/Rautheim voneinander trennen soll. Der Grünzug soll etwa 100 m breit sein; er könnte verschiedene Freiraumnutzungen integrieren.

Aus städtebaulicher Sicht sollte die Möglichkeit einer Erweiterung der Wohnnutzung nach Süden bis hin zu den Hochspannungsleitungen offengehalten werden. Die Stadt ist bereits auf die Eigentümer zugegangen, allerdings ohne Erfolg, da die Eigentümer nicht zu akzeptablen Bedingungen mitwirkungsbereit sind. Sollte sich die Haltung der Eigentümer ändern, könnte der Geltungsbereich des Bebauungsplanes entsprechend erweitert werden.

Weitere Schritte

Nach Aufgabe der militärischen Nutzung Ende dieses Jahres werden die Liegenschaften insgesamt an das Bundesvermögensamt übergeben. Das BVA hat angekündigt, dann den Verzicht auf den Fachplanungsvorbehalt auszusprechen. Das BVA hat die Aufgabe, die Liegenschaften zum Verkehrswert zur Nachnutzung zu veräußern.

Bevor dies geschehen kann, muß verbindliches Planungsrecht geschaffen werden und der Flächennutzungsplan geändert werden. Es ist vorgesehen einen städtebaulichen Vertrag zwischen Bund/Investor und Stadt zu schließen, in dem sich der Bund/Investor verpflichtet, die Kosten für die verbindliche Bauleitplanung zu tragen sowie die infrastrukturellen Folgekosten. Es wird vorgeschlagen, in Anbetracht der Größe der Liegenschaften drei Bebauungspläne aufzustellen. Die Konkretisierung der Nutzungsvorstellungen erfordert parallel zur Aufstellung der B-Pläne die Akquisition von „Nachnutzern" durch das BVA.

Folgende Anlagen sind Bestandteil dieser Vorlage:

Anlage 1:	82. Flächennutzungsplanänderung Rautheimer Kasernen, Überischtskarte
Anlage 2:	Geltungsbereich Bebauungsplan Lager und Betriebshof, RI 11
Anlage 3:	Geltungsbereich Bebauungsplan Heinrich-der-Löwe-Kaserne, AW 100
Anlage 4:	Geltungsbereich Bebauungsplan Roselieskaserne, AW 99
Anlage 5:	Nachnutzung Rautheimer Kasernen, Bestand
Anlage 6:	Nachnutzung Rautheimer Kasernen, Nutzungskonzept

I. V.

Zwafelink

PDS

Antrag Öffentlich	Datum 6. Dez. 2004	Nummer 677/04
Absender Ratsherr Udo Sommerfeld Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 21. Dez. 2004	
Betreff Kolonialdenkmal		

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

Das Kolonialdenkmal an der Jasperallee wird nach Möglichkeit in ein Museum überführt und dort mit begleitenden, kolonialkritischen Tafeln über die menschenverachtenden Auswirkungen des deutschen Kolonialismus gezeigt. Ist dies nicht möglich, soll es abgerissen werden.

Begründung:
Bis zum vergangenen Jahr kam es an besagten „Denkmal" anlässlich des Volkstrauertages zu Kranzniederlegungen durch die Stadt Braunschweig. Nachdem der Leiter des Landesmuseums, Herr Biegel, in der Presse darauf hingewiesen hat, dass hier nicht der Toten gedacht, sondern an die ehem. deutschen Kolonien erinnert werde, kam es zum Umdenken. Da dieses „Denkmal" für den deutschen Kolonialismus steht, bat auch der Geschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. darum, die Kranzniederlegungen einzustellen. Dieser Aufforderung schloss sich schließlich auch der Oberbürgermeister an. Die bloße Einstellung der Kranzniederlegung reicht allerdings nicht aus, besteht doch das „Denkmal" als Verhöhnung der Opfer des Kolonialismus weiter. Da es nun einmal da ist, sollte überlegt werden, ob es in einem Museum nicht für einen guten Zweck verwendet werden könnte, nämlich über das menschenverachtende System des deutschen Kolonialismus zu informieren. Falls dies nicht möglich ist, soll es abgerissen werden. Dies ist immer noch besser, als weiter einen positiven Bezug zum deutschen Kolonialismus in Braunschweig stehen zu lassen.

Antragsteller:
Udo Sommerfeld
Ratsherr PDS

Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage - 9653/05

Betreff: Künftiger Umgang mit dem Kolonialdenkmal
Text für eine Informationstafel

Vorlage

Sachverhalt

Status: öffentlich **Vorlage-Art:** Beschlussvorlage

Federführend: 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet

08.06.2005	TO	StBezRat 120 Östliches Ringgebiet	(offen)	(9653/05)

1

Stadt Braunschweig

		TOP
Der Oberbürgermeister FB Kultur	*Drucksache* 9653/05	*Datum* 11. Mai 05

Vorlage

Beratungsfolge	*Sitzung*			*Beschluss*			
	Tag	*Ö*	*N*	ange-nom-men	abge-lehnt	geän-dert	pas-siert
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet	8. Juni 05	X					
Kulturausschuss (nachrichtlich)	14. Juni 2005	X					

Beteiligte Fachbereiche / Referate / Abteilungen	Beteiligung des Referates 0140	Anhörungsrecht des Stadtbezirksrats	Vorlage erfolgt aufgrund Vorschlag/Anreg.d.StBzR
	☐ Ja ☒ Nein	☐ Ja ☒ Nein	☐ Ja ☒ Nein

Überschrift, Beschlussvorschlag

Künftiger Umgang mit dem Kolonialdenkmal
Text für eine Informationstafel

Dem Textvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

Begründung:

In seiner Sitzung am 1. Sept. 2004 hat der Stadtbezirksrat 120 auf Vorschlag des Ortsheimatpflegers Herrn Wittwer beschlossen, ein Zitat aus einem Text der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925 zur Erläuterung und historischen Einordnung des Kolonialdenkmals am Denkmal anzubringen. Darüber hinaus ist geplant, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern der IGS Franzsches Feld eine künstlerische

Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal zu erarbeiten. Begleitet werden soll dieses Projekt von einer Mitarbeiterin der Hochschule für Bildende Künste. Die Hochschule für Bildende Künste ist dazu bereits angefragt worden.

In der Sitzung des Kulturausschusses am 4. Feb. 2005 (Drucksachennummer 7295/05) wurde ergänzend der Wunsch geäußert, das Zitat zusätzlich mit einem erläuternden Text zu versehen, der eindeutig unterstreicht, daß es sich um eine historische Quelle und nicht etwa um eine Berichterstattung der Gegenwart handelt.

Die Verwaltung schlägt daher vor, folgenden Text auf einer Informationstafel anzubringen:

> Das von Professor Herman Flesche (1886-1972) geplante und von dem Bildhauer Professor Jakob Hofmann (1876-1955) ausgeführte Kolonialdenkmal wurde 1925 als Abschluß der damaligen Kaiser-Wilhelm-Straße, der heutigen Jasperallee, errichtet. Das Denkmal geht auf die Initiative des Braunschweiger „Vereins der ehemaligen Ostasiaten und Afrikaner“ zurück.
>
> Das Kolonialdenkmal legt Zeugnis davon ab, daß auch nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges in der Zeit der ersten deutschen Demokratie verschiedene Bevölkerungsgruppen nicht akzeptierten, daß Kolonialherrschaft Mißachtung der Rechte und Unterdrückung der Kolonialvölker bis hin zum Völkermord bedeutete.
>
> Deutlich wird diese unkritische Sichtweise in einem Artikel der Braunschweigischen Landeszeitung am 1. April 1925, der rd. zweieinhalb Monate vor der Einweihung erschien. Das nachfolgende Zitat wurde gewählt, um die Einschätzung der Kolonialfrage in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts zu verdeutlichen:
>
> *„[…]Um den Gedanken an unsere Kolonien wachzuhalten und das Interesse dafür im deutschen Volke zu wecken, vor allem aber auch um unseren weitab von der Heimat im fremden Weltteil gefallenen Helden, die im gleichen Kampfesmut bis zum Ende für unsere heißumstrittenen Kolonien gekämpft und gelitten haben, sinnbildlich monumental Unsterblichkeit zu verleihen, wird der Verein ehem. Ostasiaten und Afrikaner, ein kleiner Verein (75 Mitglieder), von denen Angehörige in jeder Kolonie gekämpft haben, im Stadtpark zu Braunschweig ein Kolonial-Denkmal errichten, dessen Einweihung voraussichtlich am 14. Juni d. J. erfolgen soll.[…]*
>
> Der Kolonialismus mit seinen Auswirkungen auf die besetzten Länder ist heute besonders der jüngeren Genearation nicht mehr präsent. Denkmäler wie dieses sind Zeugniss einer Geisteshaltung, die aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar und in besonderer Weise erläuterungsbedürftig ist. Diese Tafel dient daher der Einordnung des Denkmals in den historischen Kontext seiner Entstehungszeit und in das geänderte historische Verständnis der Gegenwart.

I. V.

gez.

Laczny

Stadt Braunschweig		*TOP*
Der Oberbürgermeister FB Kultur 41.1 Abt. Kulturinstitut	*Drucksache* 7295/05	*Datum* 14. Jan. 05
Mitteilung	*Beteiligte FB /Referate /Abteilungen* Abt. 61.3	

Beratungsfolge	***Sitzung***		
	Tag	*Ö*	*N*
Kulturausschuss	4. Febr. 05	X	

Überschrift, Sachverhalt

Antrag von Herrn Ratsherr Sommerfeld zur Sitzung des Rates am 21. Dez. 2004 zum künftigen Umgang mit dem Kolonialdenkmal

Dem Antrag des Ratsherrn Sommerfeld vom 6. Dez. 2004 (Nr. 677/04, siehe Anlage) hinsichtlich der Überführung des Kolonialdenkmals in ein Museum bzw. dem alternativ vorgeschlagenen Abriß hat der Rat in seiner Sitzung am 21. Dez. 2004 nicht stattgegeben.

Auslöser der Behandlung der Frage zum weiteren Vorgehen hinsichtlich des Kolonialdenkmals war bereits eine Anfrage der SPD-Fraktion an den Stadtbezirksrat 120 (Östliches Ringgebiet) zu dessen Sitzung am 17. März 2004. Im Nachgang wurde der Umgang mit dem Denkmal in den Sitzungen des Stadtbezirksrates 120 am 28. April, 16. Juni und 1. September 2004 behandelt. Im Ergebnis läßt sich festhalten, daß ungeachtet seiner heute nicht mehr akzeptablen politischen Aussage das Kolonialdenkmal einen wichtigen Beitrag für die Denkmalkultur Braunschweigs darstellt.

Eine Umsetzung in ein Museum sollte nicht erfolgen, da sich dadurch nicht etwa eine Milderung seiner politischen Aussage erzielen lassen würde, sondern das genaue Gegenteil der Fall wäre. Ein öffentliches, kontrovers diskutierbares Denkmal wird aus seinem Kontext gerissen und vermeintlich in den Räumen eines Museums in seiner Aussage neutralisiert. Entscheidend ist jedoch die Kommentierung des Denkmals. Dies sollte und kann am besten am originalen Standort passieren.

In diesem Sinne wurde auch der zuständige Stadtbezirksrat 120 in seiner Sitzung am 1. Sept. 2004 informiert. Der Bezirksrat hat sich mit diesem Vorgehen der Nichtentfernung einverstanden erklärt und ferner dem Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Umgang zugestimmt. Es soll somit dafür Sorge getragen werden, daß dem Betrachter eine korrekte historische Einordnung möglich ist und nicht der Trugschluß entsteht, das Denkmal könne aus der jüngeren Vergangenheit stammen.

Es soll daher eine Erläuterungstafel in unmittelbarer Nähe zum Denkmal angebracht werden. Gemäß einem Vorschlag des zuständigen Stadtteilheimatpflegers soll ein Zitat aus einem Artikel der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925 als Interimslösung auf einer Tafel angebracht werden.

Es handelt sich dabei um folgende Passage eines längeren Artikels:

„[…]Um den Gedanken an unsere Kolonien wachzuhalten und das Interesse dafür im deutschen Volke zu wecken, vor allem aber auch um unseren weitab von der Heimat im fremden Weltteil gefallenen Helden, die im gleichen Kampfesmut bis zum Ende für unsere heißumstrittenen Kolonien gekämpft und gelitten haben, sinnbildlich monumental Unsterblichkeit zu verleihen, wird der Verein ehem. Ostasiaten und Afrikaner, ein kleiner Verein (75 Mitglieder), von denen Angehörige in jeder Kolonie gekämpft haben, im Stadtpark zu Braunschweig ein Kolonial-Denkmal errichten, dessen Einweihung voraussichtlich am 14. Juni d. J. erfolgen soll.[…] Aus: Braunschweigische Landeszeitung vom 01. April 1925“

Die Erstellung und Anbringung der Tafel erfolgt kurzfristig unter Einbindung des Stadtbezirksrates 120 und des Stadtteilheimatpflegers. Die städtische Denkmalpflege wird gleichfalls beteiligt. Flankiert werden soll diese Interimslösung zusätzlich durch die Integration eines erläuternden Textes zum Kolonialdenkmal und seiner historischen Einordnung in das Internetportal „Vernetztes Gedächtnis“. Ein entsprechender Eintrag befindet sich in Arbeit. Mit der Einstellung in das Internetportal ist im ersten Quartal 2005 zu rechnen.

In einem nächsten Schritt wird ein Gesamtkonzept zur Einordnung des Denkmals im Rahmen eines noch zu initiierenden Schülerprojektes erarbeitet. Dieses wird vom Fachbereich Kultur begleitet. Die Umsetzung des Schülerprojektes erfolgt in 2006.

I. V.

gez.

Laczny

Antrag Öffentlich	Datum 6. Dez. 2004	Nummer 677/04
Absender Ratsherr Udo Sommerfeld Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 21. Dez. 2004	
Betreff Kolonialdenkmal		

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

Das Kolonialdenkmal an der Jasperallee wird nach Möglichkeit in ein Museum überführt und dort mit begleitenden, kolonialkritischen Tafeln über die menschenverachtenden Auswirkungen des deutschen Kolonialismus gezeigt. Ist dies nicht möglich, soll es abgerissen werden.

Begründung:
Bis zum vergangenen Jahr kam es an besagten „Denkmal“ anlässlich des Volkstrauertages zu Kranzniederlegungen durch die Stadt Braunschweig. Nachdem der Leiter des Landesmuseums, Herr Biegel, in der Presse darauf hingewiesen hat, dass hier nicht der Toten gedacht, sondern an die ehem. deutschen Kolonien erinnert werde, kam es zum Umdenken. Da dieses „Denkmal“ für den deutschen Kolonialismus steht, bat auch der Geschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. darum, die Kranzniederlegungen einzustellen. Dieser Aufforderung schloss sich schließlich auch der Oberbürgermeister an. Die bloße Einstellung der Kranzniederlegung reicht allerdings nicht aus, besteht doch das „Denkmal“ als Verhöhnung der Opfer des Kolonialismus weiter. Da es nun einmal da ist, sollte überlegt werden, ob es in einem Museum nicht für einen guten Zweck verwendet werden könnte, nämlich über das menschenverachtende System des deutschen Kolonialismus zu informieren. Falls dies nicht möglich ist, soll es abgerissen werden. Dies ist immer noch besser, als weiter einen positiven Bezug zum deutschen Kolonialismus in Braunschweig stehen zu lassen.

Antragsteller:
Udo Sommerfeld
Ratsherr PDS

Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage - 7295/05

Betreff: Antrag von Herrn Ratsherr Sommerfeld zur Sitzung des Rates am 21. Dez. 2004 zum künftigen Umgang mit dem Kolonialdenkmal

Vorlage
Beschlüsse

Sachverhalt

Status: öffentlich

Vorlage-Art: Mitteilung

Federführend: 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft

04.02.2005	TO	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	ungeändert beschlossen	(7295/05)

1

Stadt Braunschweig		TOP
Der Oberbürgermeister	Drucksache	Datum

41.1 Abt. Kulturinstitut		
Mitteilung	*Beteiligte FB /Referate /Abteilungen* Abt. 61.3	

Beratungsfolge	***Sitzung***		
	Tag	*Ö*	*N*
Kulturausschuss	4. Febr. 05	X	

Überschrift, Sachverhalt

Antrag von Herrn Ratsherr Sommerfeld zur Sitzung des Rates am 21. Dez. 2004 zum kü Umgang mit dem Kolonialdenkmal

Dem Antrag des Ratsherrn Sommerfeld vom 6. Dez. 2004 (Nr. 677/04, siehe Anlage) hinsichtlich der Überführung des Kolonialdenkmals in ein Museum bzw. dem alternativ vorgeschlagenen Abriß hat der Rat in seiner Sitzung am 21. Dez. 2004 nicht stattgegeben.

Auslöser der Behandlung der Frage zum weiteren Vorgehen hinsichtlich des Kolonialdenkmals war bereits eine Anfrage der SPD-Fraktion an den Stadtbezirksrat 120 (Östliches Ringgebiet) zu dessen Sitzung am 17. März 2004. Im Nachgang wurde der Umgang mit dem Denkmal in den Sitzungen des Stadtbezirksrates 120 am 28. April, 16. Juni und 1. September 2004 behandelt. Im Ergebnis läßt sich festhalten, daß ungeachtet seiner heute nicht mehr akzeptablen politischen Aussage das Kolonialdenkmal einen wichtigen Beitrag für die Denkmalkultur Braunschweigs darstellt.

Eine Umsetzung in ein Museum sollte nicht erfolgen, da sich dadurch nicht etwa eine Milderung seiner politischen Aussage erzielen lassen würde, sondern das genaue Gegenteil der Fall wäre. Ein öffentliches, kontrovers diskutierbares Denkmal wird aus seinem Kontext gerissen und vermeintlich in den Räumen eines Museums in seiner Aussage neutralisiert. Entscheidend ist jedoch die Kommentierung des Denkmals. Dies sollte und kann am besten am originalen Standort passieren.

In diesem Sinne wurde auch der zuständige Stadtbezirksrat 120 in seiner Sitzung am 1. Sept. 2004 informiert. Der Bezirksrat hat sich mit diesem Vorgehen der Nichtentfernung einverstanden erklärt und ferner dem Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Umgang zugestimmt. Es soll somit dafür Sorge getragen werden, daß dem Betrachter eine korrekte historische Einordnung möglich ist und nicht der Trugschluß entsteht, das Denkmal könne aus der jüngeren Vergangenheit stammen.

Es soll daher eine Erläuterungstafel in unmittelbarer Nähe zum Denkmal angebracht werden. Gemäß einem Vorschlag des zuständigen Stadtteilheimatpflegers soll ein Zitat aus einem Artikel der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925 als Interimslösung auf einer Tafel angebracht werden.

Es handelt sich dabei um folgende Passage eines längeren Artikels:

„[…]Um den Gedanken an unsere Kolonien wachzuhalten und das Interesse dafür im deutschen Volke zu wecken, vor allem aber auch um unseren weitab von der Heimat im fremden Weltteil gefallenen Helden, die im gleichen Kampfesmut bis zum Ende für unsere heißumstrittenen Kolonien gekämpft und gelitten haben, sinnbildlich monumental Unsterblichkeit zu verleihen, wird der Verein ehem. Ostasiaten und Afrikaner, ein kleiner Verein (75 Mitglieder), von denen Angehörige in jeder Kolonie gekämpft haben, im Stadtpark zu Braunschweig ein Kolonial-Denkmal errichten, dessen Einweihung voraussichtlich am 14. Juni d. J. erfolgen soll.[…] Aus: Braunschweigische Landeszeitung vom 01. April 1925“

Die Erstellung und Anbringung der Tafel erfolgt kurzfristig unter Einbindung des Stadtbezirksrates 120 und des Stadtteilheimatpflegers. Die städtische Denkmalpflege wird gleichfalls beteiligt. Flankiert werden soll diese Interimslösung zusätzlich durch die Integration eines erläuternden Textes zum Kolonialdenkmal und seiner historischen Einordnung in das Internetportal „Vernetztes Gedächtnis“. Ein entsprechender Eintrag befindet sich in Arbeit. Mit der Einstellung in das Internetportal ist im ersten Quartal 2005 zu rechnen.

In einem nächsten Schritt wird ein Gesamtkonzept zur Einordnung des Denkmals im Rahmen eines noch zu initiierenden Schülerprojektes erarbeitet. Dieses wird vom Fachbereich Kultur begleitet. Die Umsetzung des Schülerprojektes erfolgt in 2006.

I. V.

gez.

Laczny

Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	6. Dez. 2004	677/04
Absender		

Ratsherr Udo Sommerfeld
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Adressat
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium	Sitzungstermin
Rat	21. Dez. 2004

Betreff
Kolonialdenkmal

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

Das Kolonialdenkmal an der Jasperallee wird nach Möglichkeit in ein Museum überführt und dort mit begleitenden, kolonialkritischen Tafeln über die menschenverachtenden Auswirkungen des deutschen Kolonialismus gezeigt. Ist dies nicht möglich, soll es abgerissen werden.

Begründung:
Bis zum vergangenen Jahr kam es an besagten „Denkmal“ anlässlich des Volkstrauertages zu Kranzniederlegungen durch die Stadt Braunschweig. Nachdem der Leiter des Landesmuseums, Herr Biegel, in der Presse darauf hingewiesen hat, dass hier nicht der Toten gedacht, sondern an die ehem. deutschen Kolonien erinnert werde, kam es zum Umdenken. Da dieses „Denkmal“ für den deutschen Kolonialismus steht, bat auch der Geschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. darum, die Kranzniederlegungen einzustellen. Dieser Aufforderung schloss sich schließlich auch der Oberbürgermeister an. Die bloße Einstellung der Kranzniederlegung reicht allerdings nicht aus, besteht doch das „Denkmal“ als Verhöhnung der Opfer des Kolonialismus weiter. Da es nun einmal da ist, sollte überlegt werden, ob es in einem Museum nicht für einen guten Zweck verwendet werden könnte, nämlich über das menschenverachtende System des deutschen Kolonialismus zu informieren. Falls dies nicht möglich ist, soll es abgerissen werden. Dies ist immer noch besser, als weiter einen positiven Bezug zum deutschen Kolonialismus in Braunschweig stehen zu lassen.

Antragsteller:
Udo Sommerfeld
Ratsherr PDS

Der Oberbürgermeister
Bezirksgeschäftsstelle Mitte
10-311/35

Braunschweig, 16. März 2005

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Zeit
22	9. März 2005	Studiosaal der Brunsviga, Karlstraße 35	19:30 Uhr – 21:00 Uhr

Anwesende: siehe Anlage

I. Öffentlicher Teil:

Herr Bezirksbürgermeister Jordan eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlußfähigkeit des Stadtbezirksrates fest. Entschuldigt fehlen Frau König, Frau Grigat, Frau Mühlich, Frau Peters, Herr Stölting und Herr Strohbach. Herr Dr. Kleemeyer nimmt ab 19:55 Uhr an der Sitzung teil. Nach Durchführung der Einwohnerfragestunde bis 19:50 Uhr läßt Herr Bezirksbürgermeister Jordan über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 12 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung vom 26. Januar 2005

Herr Kablitz, B90/GRÜNE, weist auf Punkt 4 der Niederschrift hin und bittet, unter der Maßnahme „Spitzwegstraße" Satz 2 wie folgt zu verändern:

"Herr Kablitz, B90/GRÜNE, befürwortet die von der Verwaltung vorgesehene Variante 2 und weist darauf hin, daß mit der Entscheidung für diese Variante eine Grundsatzentscheidung für das gesamte Malerviertel getroffen wird."

Herr Bezirksbürgermeister Jordan läßt über die so geänderte Niederschrift abstimmen.

Beschluß: (Genehmigung der Niederschrift gem. § 49 Abs. 2 i. V. m. § 55 b Abs. 4 NGO)

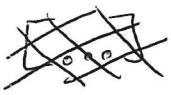
Abstimmungsergebnis: 12 dafür 0 dagegen 1 Enthaltung

Punkt 2: a) Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan berichtet über die am 18. Februar 2005 erfolgte Kinderbeteiligung für die Planung der Umgestaltung des Kinderspielplatzes Menzelstraße.

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan berichtet über den am 21. Februar 2005 durchgeführten Ortstermin am Andreeplatz. In dieser Angelegenheit werden noch einige Abstimmungsgespräche erfolgen. Danach werden die vorgesehene Gestaltung des Andreeplatzes und die geplante Verkehrs- und Straßenführung der Korfesstraße erneut im Stadtbezirksrat 120 -

Östliches Ringgebiet vorgestellt.



b) Mitteilungen der Verwaltung

Die Mitteilung des FB Finanzen, Abt. Liegenschaften, zur Sondernutzung von Teilen des Prinz-Albrecht-Parkes zur Durchführung eines Bezirkssportfestes der Berufsbildenden Schule I am 8. Juni 2005 wird zur Kenntnis gegeben.

Punkt 3: Anfragen

a) Husarenstraße/Ring (SPD)

Die Anfrage wird von Frau Hahn vorgetragen. Die schriftliche Mitteilung des FB Straßenbau und Verkehrswesen wird zur Kenntnis des Stadtbezirksrates verlesen und dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

b) Musikpavillon im Stadtpark (SPD/B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Frau Lütjohann vorgetragen. Die Verwaltung wird sich bemühen, die Anfrage in der nächsten Sitzung zu beantworten.

c) Befahren und Beparken des Mittelstreifens in der Jasperallee (B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Herrn Kablitz vorgetragen. Nach mündlicher Mitteilung des FB Stadtgrün wurde der Verursacher der Schäden zwischen Paulikirche und Wilhelm-Bode-Straße zwischenzeitlich festgestellt. Die Schäden werden, sobald es die Witterung zuläßt, behoben. Der Verursacher wird die Kosten übernehmen. Andere Möglichkeiten, als die bereits aufgestellten Parkbügel, die das Befahren der Mittelstreifen verhindern können, werden von seiten des FB Stadtgrün nicht gesehen. Die meisten Fahrzeuge parken widerrechtlich in den gepflasterten Kreuzungsbereichen. Dort handelt es sich um öffentlichen Straßenraum, der nach der Verkehrsordnung geahndet wird.

d) Unterholzbereinigung im Stadtpark (B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Herrn Kablitz vorgetragen. Die Verwaltung wird sich bemühen, die Anfrage in der nächsten Sitzung zu beantworten.

e) Grünewaldstraße, Wiederbegrünung des Trennstreifens zwischen Straße und Radweg/Fußweg (B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Frau Lütjohann vorgetragen. Nach mündlicher Mitteilung des FB Stadtgrün wurde der Grünstreifen nicht von Strauchwerk und Heckenbewuchs befreit, sondern es erfolgte eine gründliche Rückschnittmaßnahme und eine Entkrautung. Der Grünbestand ist noch vorhanden und wird wieder durchtreiben. Eine Neubepflanzung ist nicht erforderlich. Herr Kablitz, B90/GRÜNE, bezweifelt diese Angaben und wird die Angelegenheit weiter beobachten.

f) Parkplatzsituation in der Firma Westermann (B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Herrn Kablitz vorgetragen. Die Verwaltung wird sich bemühen, die Anfrage in der nächsten Sitzung zu beantworten.

g) Kolonialdenkmal, Hinweistafeln (B90GRÜNE)

Die Anfrage wird von Herrn Kaiser vorgetragen. Die vorliegende Antwort des FB Kultur wird zur Kenntnis des Stadtbezirksrates 120 - Östliches Ringgebiet

verlesen und als **Anlage 2** dem Protokoll beigefügt. Der Stadtteilheimatpfleger Herr Wittwer wird ebenfalls eine Kopie der Antwort erhalten.

[...]

Stadt Braunschweig

		TOP
Der Oberbürgermeister FB Kultur 41.1 Abt. Kulturinstitut	*Drucksache* 9653/05	*Datum* 11. Mai 05

Vorlage

Beratungsfolge	***Sitzung***			***Beschluss***			
	Tag	*Ö*	*N*	angenommen	abgelehnt	geändert	passiert
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet	8. Juni 05	X					
Kulturausschuss (nachrichtlich)	14. Juni 2005	X					

Beteiligte Fachbereiche / Referate / Abteilungen	Beteiligung des Referates 0140	Anhörungsrecht des Stadtbezirksrats	Vorlage erfolgt aufgrund Vorschlag/Anreg.d.StBzR
	[ ] Ja [X] Nein	[ ] Ja [X] Nein	[ ] Ja [X] Nein

Überschrift, Beschlussvorschlag

Künftiger Umgang mit dem Kolonialdenkmal
Text für eine Informationstafel

Dem Textvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

Sachverhalt, Begründung, finanzielle Auswirkung: siehe nächste Seite

Begründung:

In seiner Sitzung am 1. Sept. 2004 hat der Stadtbezirksrat 120 auf Vorschlag des Ortsheimatpflegers Herrn Wittwer beschlossen, ein Zitat aus einem Text der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925 zur Erläuterung und historischen Einordnung des Kolonialdenkmals am Denkmal anzubringen. Darüber hinaus ist geplant, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern der IGS Franzsches Feld eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal zu erarbeiten. Begleitet werden soll dieses Projekt von einer Mitarbeiterin der Hochschule für Bildende Künste. Die Hochschule für Bildende Künste ist dazu bereits angefragt worden.

In der Sitzung des Kulturausschusses am 4. Feb. 2005 (Drucksachennummer 7295/05) wurde ergänzend der Wunsch geäußert, das Zitat zusätzlich mit einem erläuternden Text zu versehen, der eindeutig unterstreicht, daß es sich um eine historische Quelle und nicht etwa um eine Berichterstattung der Gegenwart handelt.

Die Verwaltung schlägt daher vor, folgenden Text auf einer Informationstafel anzubringen:

> Das von Professor Herman Flesche (1886-1972) geplante und von dem Bildhauer Professor Jakob Hofmann (1876-1955) ausgeführte Kolonialdenkmal wurde 1925 als Abschluß der damaligen Kaiser-Wilhelm-Straße, der heutigen Jasperallee, errichtet. Das Denkmal geht auf die Initiative des Braunschweiger „Vereins der ehemaligen Ostasiaten und Afrikaner“ zurück.
>
> Das Kolonialdenkmal legt Zeugnis davon ab, daß auch nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges in der Zeit der ersten deutschen Demokratie verschiedene Bevölkerungsgruppen nicht akzeptierten, daß Kolonialherrschaft Mißachtung der Rechte und Unterdrückung der Kolonialvölker bis hin zum Völkermord bedeutete.
>
> Deutlich wird diese unkritische Sichtweise in einem Artikel der Braunschweigischen Landeszeitung am 1. April 1925, der rd. zweieinhalb Monate vor der Einweihung erschien. Das nachfolgende Zitat wurde gewählt, um die Einschätzung der Kolonialfrage in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts zu verdeutlichen:
>
> *„[…]Um den Gedanken an unsere Kolonien wachzuhalten und das Interesse dafür im deutschen Volke zu wecken, vor allem aber auch um unseren weitab von der Heimat im fremden Weltteil gefallenen Helden, die im gleichen Kampfesmut bis zum Ende für unsere heißumstrittenen Kolonien gekämpft und gelitten haben, sinnbildlich monumental Unsterblichkeit zu verleihen, wird der Verein ehem. Ostasiaten und Afrikaner, ein kleiner Verein (75 Mitglieder), von denen Angehörige in jeder Kolonie gekämpft haben, im Stadtpark zu Braunschweig ein Kolonial-Denkmal errichten, dessen Einweihung voraussichtlich am 14. Juni d. J. erfolgen soll.[…]*
>
> Der Kolonialismus mit seinen Auswirkungen auf die besetzten Länder ist heute besonders der jüngeren Genearation nicht mehr präsent. Denkmäler wie dieses sind Zeugniss einer Geisteshaltung, die aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar und in besonderer Weise erläuterungsbedürftig ist. Diese Tafel dient daher der Einordnung des Denkmals in den historischen Kontext seiner Entstehungszeit und in das geänderte historische Verständnis der Gegenwart.

I. V.

gez.

Laczny

Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage - 7928/05

Betreff:	Kolonialdenkmal / Sachstand Erläuterungstafel und Schulprojekt		Vorlage Beschlüsse
Status:	öffentlich	**Vorlage-Art:**	Mitteilung Sachverhalt
Federführend:	41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft		

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft

18.11.2005	TO	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	ungeändert beschlossen	(7928/05)

1

Stadt Braunschweig		*TOP*
Der Oberbürgermeister FB Kultur 41.1 Abt. Kulturinstitut	*Drucksache* 7928/05	*Datum* 1. Nov. 05

Mitteilung

Beratungsfolge	Sitzung		
	Tag	Ö	N
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	18. Nov. 05	X	
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet	30. Nov. 05	X	

Überschrift, Sachverhalt

Kolonialdenkmal / Sachstand Erläuterungstafel und Schulprojekt

In seiner Sitzung am 1. Sept. 2004 hat der Stadtbezirksrat 120 auf Vorschlag des Ortsheimatpflegers Herrn Wittwer beschlossen, als Interimslösung ein Zitat aus einem Text der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925 zur Erläuterung und historischen Einordnung des Kolonialdenkmals am Denkmal anzubringen. Darüber hinaus sollte mit Schülerinnen und Schülern der IGS Franzsches Feld eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal erarbeitet werden. In der Sitzung des Kulturausschusses am 4. Feb. 2005 (Drucksachennummer 7295/05) wurde ergänzend der Wunsch geäußert, das Zitat zusätzlich mit einem erläuternden Text zu versehen, der eindeutig unterstreicht, daß es sich um eine historische Quelle und nicht etwa um eine Berichterstattung der Gegenwart handelt. In seiner Sitzung am 8. Juni 2005 hat der Stadtbezirksrat 120 - Östliches Ringgebiet - diesem Textvorschlag zugestimmt (Drucksachennummer 9653/05). Der Kulturausschuß hat diese Vorlage in seiner Sitzung am
14. Juni 2005 nachgehend zur Kenntnis erhalten.

Die als Interimslösung angelegte Erläuterungstafel zum Kolonialdenkmal wird in der ersten Dezemberhälfte aufgestellt.

Hinsichtlich des geplanten Schulprojektes teile ich mit, daß die IGS Franzsches Feld, in deren unmittelbarer Nähe sich das Kolonialdenkmal befindet, eine Schüler-Arbeitsgruppe initiiert hat. Die Arbeitsgruppe wird von zwei Lehrern, die die Fächer Politik und Geschichte unterrichten, geleitet. Das Angebot wendet sich an Schülerinnen und Schüler des 10. bis 13. Jahrgangs. Im Anschluß an vorbereitende Recherchen zum geschichtlichen Hintergrund des Denkmals sowie zur Diskussion um seine Bedeutung, werden die Schülerinnen und Schüler Ideen und Lösungsansätze zum künftigen Umgang mit dem Denkmal entwickeln. Die Arbeitsgruppe beginnt ihre Arbeit im November 2005 und ist zunächst bis zu den Osterferien 2006 terminiert.

Über den Fortgang des Projektes werde ich berichten.

I. V.

gez.

Laczny

Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage - 8074/06

Betreff:	Schülerprojekt Kolonialdenkmal / Sachstand		Vorlage Beschlüsse
Status:	öffentlich	**Vorlage-Art:**	Mitteilung Sachverhalt
Federführend:	41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft		
Beratungsfolge:			

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft

27.01.2006	TO	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	ungeändert beschlossen	(8074/06)

1

Stadt Braunschweig

		TOP
Der Oberbürgermeister FB Kultur Abt. 41.1	*Drucksache* 8074/06	*Datum* 11. Jan. 0

Mitteilung

Beratungsfolge	Sitzung	
	Tag	Ö
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	27. Jan. 06	X
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet	15. Febr. 06	X

-

Schülerprojekt Kolonialdenkmal / Sachstand

In der Mitteilung 7928/05 zu den Sitzungen des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur am 18. Nov. 2005 und des Stadtbezirksrates 120 am 30. Nov. 2005 kündigte die Verwaltung an, dass als Interimslösung die Erläuterungstafel zum Kolonialdenkmal im Dezember aufgestellt werden soll und in der IGS Franzsches Feld eine Schülerarbeitsgruppe zum weiteren Umgang mit dem Denkmal initiiert wurde. Hierzu teile ich folgenden Sachstand mit:

Die Erläuterungstafel ist im Dezember in unmittelbarer Nähe des Denkmals installiert worden. Die Schüler-AG arbeitet seit November an der Auseinandersetzung mit dem Denkmal.

In der Schüler-AG haben sich unter Anleitung von zwei Lehrern der IGS, die die Fächer Politik und Geschichte unterrichten, 10 Schüler der Jahrgänge 12 und 13 mehrfach getroffen und sich u. a. anhand der dreiteiligen ZDF-Serie zum Thema „deutscher Kolonialismus“ in die Thematik eingearbeitet. Diese erste Phase der AG-Arbeit soll bis Ende Januar abgeschlossen werden.

Parallel dazu wurden vorläufige Ideen für eine öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal entwickelt, die Mitte Februar beginnen soll. Angedacht ist bisher eine zeitlich begrenzte Verhüllung des Denkmals im Rahmen einer Pressekonferenz, in der die Schüler ihre Motivation für diese Aktion erklären und die Bevölkerung zur Beteiligung an der Diskussion über die Bedeutung des Denkmals und über den Umgang mit Denkmälern aufrufen.

Nach Auswertung dieser Diskussion ist bisher entweder eine künstlerische Umgestaltung des Denkmals oder die Dokumentation der öffentlichen Debatte durch eine Ausstellung angedacht, bevor das Denkmal wieder enthüllt wird.

Aus denkmalpflegerischer Sicht bestehen keine Bedenken gegen eine zeitlich begrenzte Verhüllung des Denkmals.

I. V.

gez.

Laczny

Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage - 8466/06

Betreff:	Kolonialdenkmal im Stadtpark / Sachstand zum Kooperationsprojekt mit der Gesamtschule Franzsches Feld		Vorlage Beschlüsse Sachverhalt
Status:	öffentlich	**Vorlage-Art:**	Mitteilung
Federführend:	41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft		

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft

29.09.2006	TO	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	ungeändert beschlossen	(8466/06)

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet

13.09.2006	TO	StBezRat 120 Östliches Ringgebiet	(offen)	(8466/06)

1

Stadt Braunschweig

		TOP
Der Oberbürgermeister FB Kultur Abt. 41.1	*Drucksache* 8466/06	*Datum* 29. Aug. 06
Mitteilung	*Beteiligte FB /Referate /Abteilung*	

Beratungsfolge	***Sitzung***	
	Tag	*Ö*
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet	13. Sept. 06	X
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	29. Sept. 06	X

Kolonialdenkmal im Stadtpark / Sachstand zum Kooperationsprojekt mit der Gesamtschule Franzsches Feld

Das Kolonialdenkmal im Stadtpark steht bereits seit mehreren Jahren in der öffentlichen Diskussion. Die politischen Gremien der Stadt Braunschweig beschäftigten sich in der Vergangenheit wiederholt mit der Thematik.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) wurde in seiner Sitzung am 4. Feb. 2005 darüber informiert, dass das Denkmal entsprechend einem Ratsbeschluss vom 21. Dez. 2004 an seinem bisherigen Standort verbleiben soll (Mitteilung Nr. 7295/05). Zur historischen Einordnung der Aussage des Denkmals kündigte die Verwaltung ein Gesamtkonzept an. Im AfKW wurde der Wunsch geäußert, ein bereits zuvor als „Zwischenlösung“ am Denkmal angebrachtes Zitat aus der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. Apr. 1925 mit einem erläuternden Text zu versehen, der den historischen Kontext des Denkmals erläutert.

Dem Vorschlag des AfKW folgend beschloss der Stadtbezirksrat 120 in seiner Sitzung vom 8. Juni 2005, eine zusätzliche Informationstafel mit ausführlicheren Erläuterungen am Kolonialdenkmal anzubringen (Vorlage Nr. 9653/05). In Kooperation mit der IGS Franzsches Feld initiierte die Stadt Braunschweig ein temporäres Schülerprojekt, durch welches eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal erfolgen soll. Eine Schülerarbeitsgruppe entwickelt dabei Lösungsansätze zum künftigen Umgang mit dem Denkmal. Der AfKW und der Stadtbezirksrat 120 wurden fortlaufend über den jeweiligen Sachstand des Projekts informiert (Mitteilungen 7928/05, 8074/06 und 8283/06).

Der aktuelle Sachstand des Schülerprojekts stellt sich wie folgt dar:

Am 18. Juli 2006 fand die geplante öffentliche Verhüllung des Kolonialdenkmals durch die AG „Kolonialdenkmal“ in Zusammenarbeit mit der Bildhauerin Petra Förster mit finanzieller Beteiligung des Kulturinstituts (3.000,- €) statt. Im Laufe von mehreren Wochen sollen insgesamt 4 verschiedene Zitate mit Bezug zur Kolonialzeit an die Stoffhülle des Denkmals angebracht werden, um so zum Nachdenken über das Kolonialdenkmal und seinen Kontext anzuregen. In diesem Sinn hat das Projekt den Arbeitstitel „DENKmal anders“ erhalten. „DENKmal anders“ fand seither öffentliche Beachtung auch in der Presse (s. Anlage 1 Artikel der „BZ“ vom 19. Juli 2006 und Anlage 2 Artikel der „nb“ vom 23. Juli 2006).

Am 3. Aug. 2006 wurde die Stoffhülle zerrissen, das daran befindliche Zitat entwendet und ein Hinweisschild auf die Projektgruppe der IGS entfernt. Die Arbeitsgruppe entschied, das Denkmal erneut zu verhüllen und das Projekt wie geplant fortzusetzen. Das Kulturinstitut stellte hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von ca. 500,- € zur Verfügung, aus denen Materialkosten und die Herstellung der neuen Erläuterungstafel finanziert wurden, um so den reibungslosen Fortgang des Schülerprojektes zu gewährleisten.

Am 18. Aug. 2006 erfolgte in kleinerem Rahmen eine Neuverhüllung (s. Anlage 3 Artikel der „BZ“ vom 19. Aug. 2006). Um die Hintergründe und Absichten des Projekts noch deutlicher zu kommunizieren, wurde gleichzeitig der am 19. Juli 2006 anlässlich der ersten Verhüllung erschienene BZ-Artikel auf einer Edelstahl-Platte im Boden in unmittelbarer Nähe der bereits vorhandenen Erläuterungstafel verankert (Tafeltext s. Anlage 1).

Die temporäre Aktion soll am 5. Okt. 2006 mit einem kleinen Abschlussfest beendet werden. Das Denkmal wird zu diesem Termin wieder enthüllt werden.

Die AG plant nach derzeitigem Informationsstand, eine längerfristige weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema Kolonialismus anzuregen. Hierfür soll mit Beginn des neuen Schuljahres 2006/2007 ein Antrag an die Gesamtkonferenz der IGS Franzsches Feld gestellt werden, zukünftig das Thema „Deutsche Kolonialgeschichte“ verbindlich in das Schulcurriculum aufzunehmen. Eine Dokumentation der Verhüllungsaktion soll auf der schuleigenen Homepage veröffentlicht werden. Darüber hinaus planen die Schüler die Präsentation von Filmen und Vorträgen zum Thema Kolonialismus in der IGS Franzsches Feld. Hierzu sollen auch Schüler anderer Schulen eingeladen werden.

I. V.
Gez.

Laczny

Stadt Braunschweig		*TOP*
Der Oberbürgermeister FB Kultur Abt. 41.1	*Drucksache* 8466/06	*Datum* 29. Aug. 06
Mitteilung	*Beteiligte FB /Referate /Abteilungen*	

Beratungsfolge	***Sitzung***		
	Tag	*Ö*	*N*
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	13. Sept. 06 29. Sept. 06	X X	

Kolonialdenkmal im Stadtpark / Sachstand zum Kooperationsprojekt mit der Gesamtschule Franzsches Feld

Das Kolonialdenkmal im Stadtpark steht bereits seit mehreren Jahren in der öffentlichen Diskussion. Die politischen Gremien der Stadt Braunschweig beschäftigten sich in der Vergangenheit wiederholt mit der Thematik.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) wurde in seiner Sitzung am 4. Feb. 2005 darüber informiert, dass das Denkmal entsprechend einem Ratsbeschluss vom 21. Dez. 2004 an seinem bisherigen Standort verbleiben soll (Mitteilung Nr. 7295/05). Zur historischen Einordnung der Aussage des Denkmals kündigte die Verwaltung ein Gesamtkonzept an. Im AfKW wurde der Wunsch geäußert, ein bereits zuvor als „Zwischenlösung“ am Denkmal angebrachtes Zitat aus der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. Apr. 1925 mit einem erläuternden Text zu versehen, der den historischen Kontext des Denkmals erläutert.

Dem Vorschlag des AfKW folgend beschloss der Stadtbezirksrat 120 in seiner Sitzung vom 8. Juni 2005, eine zusätzliche Informationstafel mit ausführlicheren Erläuterungen am Kolonialdenkmal anzubringen (Vorlage Nr. 9653/05). In Kooperation mit der IGS Franzsches Feld initiierte die Stadt Braunschweig ein temporäres Schülerprojekt, durch welches eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal erfolgen soll. Eine Schülerarbeitsgruppe entwickelt dabei Lösungsansätze zum künftigen Umgang mit dem Denkmal. Der AfKW und der Stadtbezirksrat 120 wurden fortlaufend über den jeweiligen Sachstand des Projekts informiert (Mitteilungen 7928/05, 8074/06 und 8283/06).

Der aktuelle Sachstand des Schülerprojekts stellt sich wie folgt dar:

Am 18. Juli 2006 fand die geplante öffentliche Verhüllung des Kolonialdenkmals durch die AG „Kolonialdenkmal“ in Zusammenarbeit mit der Bildhauerin Petra Förster mit finanzieller Beteiligung des Kulturinstituts (3.000,- €) statt. Im Laufe von mehreren Wochen sollen insgesamt 4 verschiedene Zitate mit Bezug zur Kolonialzeit an die Stoffhülle des Denkmals angebracht werden, um so zum Nachdenken über das Kolonialdenkmal und seinen Kontext anzuregen. In diesem Sinn hat das Projekt den Arbeitstitel „DENKmal anders“ erhalten. „DENKmal anders“ fand seither öffentliche Beachtung auch in der Presse (s. Anlage 1 Artikel der „BZ“ vom 19. Juli 2006 und Anlage 2 Artikel der „nb“ vom 23. Juli 2006).

Am 3. Aug. 2006 wurde die Stoffhülle zerrissen, das daran befindliche Zitat entwendet und ein Hinweisschild auf die Projektgruppe der IGS entfernt. Die Arbeitsgruppe entschied, das Denkmal erneut zu verhüllen und das Projekt wie geplant fortzusetzen. Das Kulturinstitut stellte hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von ca. 500,- € zur Verfügung, aus denen Materialkosten und die Herstellung der neuen Erläuterungstafel finanziert wurden, um so den reibungslosen Fortgang des Schülerprojektes zu gewährleisten.

Am 18. Aug. 2006 erfolgte in kleinerem Rahmen eine Neuverhüllung (s. Anlage 3 Artikel der „BZ“ vom 19. Aug. 2006). Um die Hintergründe und Absichten des Projekts noch deutlicher zu kommunizieren, wurde gleichzeitig der am 19. Juli 2006 anlässlich der ersten Verhüllung erschienene BZ-Artikel auf einer Edelstahl-Platte im Boden in unmittelbarer Nähe der bereits vorhandenen Erläuterungstafel verankert (Tafeltext s. Anlage 1).

Die temporäre Aktion soll am 5. Okt. 2006 mit einem kleinen Abschlussfest beendet werden. Das Denkmal wird zu diesem Termin wieder enthüllt werden.

Die AG plant nach derzeitigem Informationsstand, eine längerfristige weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema Kolonialismus anzuregen. Hierfür soll mit Beginn des neuen Schuljahres 2006/2007 ein Antrag an die Gesamtkonferenz der IGS Franzsches Feld gestellt werden, zukünftig das Thema „Deutsche Kolonialgeschichte“ verbindlich in das Schulcurriculum aufzunehmen. Eine Dokumentation der Verhüllungsaktion soll auf der schuleigenen Homepage veröffentlicht werden. Darüber hinaus planen die Schüler die Präsentation von Filmen und Vorträgen zum Thema Kolonialismus in der IGS Franzsches Feld. Hierzu sollen auch Schüler anderer Schulen eingeladen werden.

I. V.
Gez.

Laczny

<u>Anlagen</u>

Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage 20-13807 - Beschlüsse

Betreff: Umgang mit belasteten Denkmalen in der Stadt

Status: öffentlich

Vorlage-Art: Antrag (öffentlich)

Vorlage
Vorlage
Vorlage-Sammeldokument

Federführend: 0100 Referat Steuerungsdienst

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss			Vorberatung
07.07.2020		Sitzung des Verwaltungsausschusses	
Rat der Stadt Braunschweig			Entscheidung
14.07.2020	TO	Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig	PA
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft			Vorberatung
Verwaltungsausschuss			Vorberatung
Rat der Stadt Braunschweig			Entscheidung

07.07.2020 Verwaltungsausschuss
(Keine Berechtigung zur Anzeige dieser Information)
14.07.2020 Rat der Stadt Braunschweig
Beschluss (geändert):
Der Antrag 20-13807 wird zur Beratung in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):
bei 3 Gegenstimmen beschlossen

Absender:
Fraktion BIBS im Rat der Stadt

20-13807
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Umgang mit belasteten Denkmalen in der Stadt

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	01.07.2020

Beratungsfolge:		*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	07.07.2020	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	14.07.2020	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Rat möge beschließen:

„1. Die Verwaltung untersucht und bewertet die Liste der Denkmale in der Stadt Braunschweig. Dazu erfolgt eine Erläuterung bzw. historische Darstellung des jeweiligen Denkmales unter den Gesichtspunkten unbedenklich, bedenklich / kritisch / belastet.
2. Die so bewertete Liste der Denkmale wird in einer Bürgerinformationsveranstaltung vorgestellt und diskutiert.
3. Die von Bürger*innen und Verwaltung erarbeiteten Ergebnisse werden dem Rat vorgelegt, der abschließend über das weitere Verfahren mit den Denkmalen im Einzelfall entscheidet.“

Sachverhalt:

In der Braunschweiger Zeitung vom 17.06.2020 erschienen umfangreiche Berichte über die Behandlung von fragwürdigen Denkmalen in Braunschweig. „Im Zusammenhang mit der brutalen Tötung des US-Amerikaners George Floyd durch einen weißen Polizisten wackeln die Denkmäler,“ heißt es. „Weltweit wird über Standbilder, Orts- und Straßennamen debattiert, die noch heute das Andenken an Sklavenhändler und -halter, Entdecker, Imperialisten, Kolonisten und Rassisten hochhalten. Auch in unserer Region stehen Ehrenmäler für die deutsche Kolonialherrschaft, die in Afrika Zigtausende Menschen das Leben kostete.“

In den Berichten aufgeworfen wird die Frage nach einem angemessenen Umgang mit diesen Denkmalen. Für einen kreativen Umgang mit historisch belasteten Denkmalen plädiert Historiker Jürgen Zimmerer in der Zeitung. Kulturstaatsministerin Grütters (CDU) wird dahingehend zitiert, dass es Gründe geben kann, Denkmale zu demontieren. Diesem „Bildersturm“ müssten aber Debatten in der Bevölkerung vorausgehen. In Braunschweig existiert eine Reihe belasteter Denkmale:

1. Erst 2012 wurde im Rat der Stadt mehrheitlich beschlossen, im so genannten „Roselies“-Baugebiet Gedenksteine aufzustellen, die u.a. dem Andenken der „Schutztruppe Deutsch-Südwest“ dienen sollen. 2015 hatte die Bundesrepublik Deutschland offiziell durch den damaligen Bundespräsidenten Gauck und Parlamentspräsident Lammert die Kriegsführung der dort geehrten „Schutztruppe Deutsch-Südwest“ als Völkermord bezeichnet. Die Stadt Braunschweig wollte sich diesen Erklärungen auf höchster Ebene 2015 nicht anschließen, indem mit Ds. 15-00503-01 in Abgrenzung zum Bundespräsidenten erklärt wurde: „Bis heute gibt es von Seiten der Bundesrepublik Deutschland keine offizielle Anerkennung der Kriegsführung der ‚Schutztruppe Deutsch-Südwest‘ in Namibia als Völkermord.“ Der Bundestag habe sich diesen Äußerungen noch nicht angeschlossen, erklärte die Stadt in ihrer fadenscheinigen Antwort auf die BIBS-Anfrage zum Thema.

2. Das so genannte „Kolonialdenkmal" befindet sich am Rande des Braunschweiger Stadtparks. Errichtet wurde es 1925, acht Jahre nach dem Ende des deutschen Kolonialreichs, vom „Verein ehemaliger Ostasiaten und Afrikaner“, einem Zusammenschluss von Deutschen, die als Soldaten, Unternehmer oder Beamte mit den Kolonien zu tun gehabt hatten. Mit dem neuen Denkmal wollten sie der in den Kolonien gefallenen deutschen Soldaten gedenken und ihrer Forderung nach einer Wiederinbesitznahme der deutschen Kolonien Nachdruck verleihen. Eine Seite des massiven Steinblocks zeigt das Relief eines Löwen, die mächtige Pranke auf eine Weltkugel gedrückt. Die andere Seite ziert das Sternbild „Kreuz des Südens“. Auf den schmalen Seiten stehen Namen ehemaliger deutscher Kolonien.
Vor einigen Wochen nun sind neue Schriftzüge hinzugekommen: Aktivisten haben Papptafeln mit antirassistischen Slogans am Denkmal aufgestellt: „Wer gleichgültig gegenüber Ungerechtigkeit bleibt, stellt sich auf die Seite der Unterdrücker“, steht da in englischer Sprache. Über dem Leib des Löwen ist ein „Black lives matter“-Transparent gehängt: „Schwarze Leben zählen“.
Schüler*innen der IGS Franzsches Feld verhüllten schon 2006 das Denkmal in einer Aktion, und Student*innen der TU Braunschweig erarbeiteten eine Homepage zum "Kolonialdenkmal": https://kolonialdenkmal-braunschweig.de.tl/

Die beiden genannten Beispiele belasteter Denkmale in Braunschweig sollen die Richtung vorgeben, nach der die Untersuchung der belasteten Denkmäler in Braunschweig Perspektiven im Spannungsfeld zwischen „kritischer Beleuchtung“ und möglicher „Entfernung“ der Denkmäler zu erfolgen hat. Der vorliegende Antrag soll einen gangbaren Weg für einen angemessenen und differenzierten Umgang mit allen Denkmalen in der Stadt ebnen.

Anlagen:

Einrichtung Roselies

Erinnerungssteine / Erinnerungsort

Datum	Nummer	Gremien
09.09.2004	8995/04	StBezRat 213 PlUA VA
09.08.2010		StBezRat 213
30.08.2010		StBezRat 213
25.01.2011		StBezRat 213
07.06.2011		StBezRat 213
10.11.2011	14773/11	Rat
13.12.2011	4866/11	Rat
25.04.2012	1707/12	Rat
27.04.2012	8498/12	Rat
25.05.2012	1748/12	AfKW
05.06.2012	8554/12	AfKW
18.06.2012	2194/12	Rat
20.06.2012	2196/12	AfKW VA Rat
10.07.2012	2209/12	AfKW VA Rat
13.07.2012	3849/12	AfKW
17.07.2012	3856/12	StBezRat 213
29.08.2012	12550/12	VA
11.09.2012	3849/12	AfKW
25.03.2013	12955/13	AfKW
12.04.2013	4108/13	AfKW
07.11.2013	4309/13	AfKW
16.06.2014	3011/14	Rat
19.06.2014	3043/14	StBezRat 213
02.07.2014	3067/14	Rat
09.07.2014	10418/14	Rat
18.07.2014	4507/14	AfKW
09.09.2014	3130/14	StBezRat 213
23.09.2014	4536/14	StBezRat 213
23.09.2014	10550/14	StBezRat 213
11.11.2014	4592/14	StBezRat 213

12.11.2014	14052/14	Mitteilung außerhalb von Sitzungen
10.08.2015	15-00503	AfKW
02.09.2015	15-00503-02	AfKW
14.09.2015	15-00503-01	AfKW

Einrichtung Gedenkstätte Schillstraße/Schilldenkmal

Datum	Nummer	Gremien
10.01.2001	4912/01	AfKW VA Rat
13.05.2002	5103/02	Kulturausschuss
10.04.2005	715/05	Rat
11.05.2018	18-08215	AfKW StBezRat 132 FPA VA Rat